

Online-Publikationen des Stadtarchivs Singen
Nr. 2

Britta Panzer

**„Die vergessene Republik“ – Spaltung der Arbeiterbewegung, Inflation und
Auflösung demokratischer Strukturen**

Singen, 2018

Die Online-Publikationen des Stadtarchivs Singen sind unter der Creative Commons-Lizenz
CC BY-SA 3.0 DE lizenziert.



Stadtarchiv Singen
Julius-Büherer-Str. 2
78224 Singen
Tel. 07731 / 85-253
www.stadtarchiv-singen.de

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	S. 1
2. Entstehung und Selbstbehauptung (1918 – 1923)	S. 4
2.1 Die politische Entwicklung auf Reichs- und Landesebene	S. 4
2.2 Die Parteienlandschaft von Weimar	S. 5
2.3 Weimarer Verfassung: „Der starke Staat“	S. 8
2.4 Die Tätigkeit des Singener Arbeiter- und Soldatenrates	S. 10
2.5 Exkurs: Entstehung und Organisation der Singener Arbeiterschaft	S. 13
2.5.1 Die sozialdemokratische Bewegung	S. 13
2.5.2 Die Rolle der Gewerkschaften	S. 21
2.6 Außenpolitische Determinanten und ihre Folgen auf Landesebene: Versailler Vertrag und Stellung des Deutschen Reichs im Europäischen Machtgefüge	S. 23
2.7 Der „Fall Scherer“: SPD und KPD gehen getrennte Wege	S. 27
3. Relative Stabilisierung (1923 – 1929)	S. 29
3.1 Die Entwicklung auf Reichs- und Landesebene	S. 31
3.2 Außenpolitischer Durchbruch: Aufhebung der Isolation durch den Locarno-Vertrag und Neuausrichtung der alliierten Reparationspolitik	S. 33
3.3 Die innenpolitische Entwicklung: Putschversuche und „Goldene Zwanziger“	S. 34
3.4 Umgang mit der Inflation: Die Diskussion um die Einrichtung einer Reichsbanknebenstelle in Singen	S. 35
3.5 Spaltung der Singener Arbeiterschaft und die Problematik des „Arbeitslosen-Heeres“	S. 42
3.5.1 Die „starken Fäuste“: SPD und KPD gehen getrennte Wege	S. 42
3.5.2 Einrichtung von Erwerbslosenfürsorge, Arbeitslosenversicherung und –vermittlung	S. 44
4. Auflösung und Zerstörung (1929 – 1933)	S. 49
4.1 Die Entwicklung auf Reichs- und Landesebene	S. 49
4.2 Die Entwicklung in Singen: Radikalisierung des Kampfes um die Republik	S. 52

4.2.1 Die Volksküche als sozialer Treffpunkt	S. 52
4.2.2 Saalschlachten zwischen den linken Parteien und der NSDAP	S. 54
4.2.3 Das letzte Aufbäumen der „wehrhaften“ Demokratie	S. 60
4.2.4 Die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler: Reaktionen in Singen	S. 61
5. Schlussbemerkung	S. 63
6. Quellen- und Literaturverzeichnis .	S. 65
6.1. Literatur	S. 65
6.2 Quellen	S. 65

1. Einleitung

„Wegbereiter für den Nationalsozialismus, Inflation, Massenarbeitslosigkeit, ungeliebtes Kind der Kriegsniederlage, Schande von Versailles“ - die Beurteilungen und Attribute der Weimarer Republik sind vielfältig und sie haben fast alle eines gemeinsam: Die erste parlamentarische Demokratie auf deutschem Boden wird als Intermezzo auf dem Weg vom Kaiserreich in die Diktatur gesehen. Nicht als eigenständige Phase deutscher Geschichte, sondern als ein negatives Vorspiel - die „vergessene Republik“.

Die Weimarer Republik kann aber auch ganz anders beurteilt werden. Sie zeichnete sich nicht nur durch ein entschieden demokratisches Wahlrecht aus, das erstmals auch Frauen die politische Teilhabe ermöglichte. „Weimar“ ist auch gekennzeichnet von dem Versuch, überkommene gesellschaftliche Strukturen aufzubrechen und echte Verbesserungen für ihre Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. In diesem Rahmen möchte sich die vorliegende Arbeit auf die Rolle der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei konzentrieren, da besonders die Sozialdemokratie als Repräsentantin der Weimarer Republik und als Stütze des ersten demokratischen Verfassungsstaates auf deutschem Boden gilt.¹

Der Historiker Eberhard Kolb teilt die Weimarer Republik in drei Phasen ein: Entstehung und Selbstbehauptung – diese erste Phase dauert von 1918 bis 1923. Die zweite Phase nennt er „relative Stabilisierung“, sie endet 1929 mit dem New Yorker Börsencrash, der die Weltwirtschaftskrise auslöst. Die Endphase der Weimarer Republik bis 1933 bezeichnet Kolb mit „Auflösung und Zerstörung“. An diesen drei Phasen orientiert sich im Folgenden die Darstellung.²

2. Entstehung und Selbstbehauptung (1918 – 1923)

2.1 Die politische Entwicklung auf Reichs- und Landesebene

Das Deutsche Kaiserreich stand offiziell mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes am 11. November 1918 als Verlierer des Ersten Weltkrieges fest. Diese „Niederlage“ setzte sich auch innenpolitisch durch die Ablösung des alten politischen Systems fort, da es bereits im Oktober 1918 im ganzen Reich zu Reformen gekommen war, die das parlamentarische System einführten.

¹ Wolfgang Pyta: Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989, S. 502 ff

² Eberhard Kolb, Dirk Schuhmann: Die Weimarer Republik, Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 16, München 2013

In Folge des Kieler Matrosenaufstandes Anfang November 1918 kam es überall zu Unruhen, die als „Novemberrevolution“ letztendlich das Kaiserreich abschafften und die parlamentarische Regierungsform etablierten. Träger dieser Aufstände waren die sogenannten Soldatenräte. Deren vordringliche Aufgabe war die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln – pragmatische Ziele, die angesichts der zahlreichen heimkehrenden Soldaten und der katastrophalen Ernährungslage zunächst dringender zu verfolgen waren als eine gesellschaftliche Revolution. Für tragfähige Lösungen bedurfte es eines gesetzlichen Rahmens, der den Akteuren die Mittel zum Handeln in die Hand gab. Daher setzten bereits am 10. November 1918 der Karlsruher Soldatenrat und Wohlfahrtsausschuss eine provisorische Regierung ein. Drei Tage später erklärte sich der badische Großherzog Friedrich der Zweite zum Verzicht auf die Regierungsgewalt bereit, nachdem er zuvor noch durch die Zusicherung einer Parlamentarisierung „von oben“ eine Absetzung zu verhindern gesucht hatte. Die Abdankungsurkunde für sich selbst und seine Erben unterzeichnete er dann am 22. November 1918.³

2.2 Die Parteienlandschaft von Weimar

Um das weitere politische Geschehen zu Beginn der Weimarer Republik zu verstehen, erscheint an dieser Stelle eine kurze Charakterisierung der Parteienlandschaft notwendig: Die „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (SPD) - als deren prominentester Vertreter Reichspräsident Friedrich Ebert gelten kann - standen bereits zu Beginn der Weimarer Republik von links außen unter dem Druck der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (USPD), die sich 1917 in Gotha als eigenständige sozialistische Partei von der SPD abgespalten hatte. Die USPD mit ihrem Vorsitzenden Hugo Haase erstrebte seit November 1918 die parlamentarische Republik und beteiligte sich aktiv an der Novemberrevolution.

Am äußersten linken Spektrum stand die „Kommunistische Partei“ (KP) mit bekannten Mitgliedern wie Hermann Duncker und Clara Zetkin, die sich als revolutionäre Alternative zur SPD verstand und sozialistische Produktionsverhältnisse einführen wollte. 1920 vereinigte sie sich mit der linken Mehrheit der USPD zur „Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands“ (VKPD). Der maßgeblich von den Kommunisten initiierte sogenannte Spartakus-Aufstand in Berlin im Januar 1919 bewirkte mit seinen bewaffneten Kämpfen ein

³ <http://www.landeskunde-baden-wuerttemberg.de/lgweimarerrepublik.html> (abgerufen am 14.2.2018)

Kommunisten-Trauma, das - wie noch in den folgenden Kapiteln dargestellt wird - die gesamte Geschichte der Weimarer Republik durchzieht.

Die „Deutsche Zentrumspartei“ (Zentrum) mit dem späteren Reichskanzler Heinrich Brüning als Vertreterin des politischen Katholizismus nahm eine Stellung in der Mitte der Parteienlandschaft ein. Die Brücke zur SPD lag in der katholischen Soziallehre mit Gemeinwohl-, Solidarität- und Subsidiaritätsprinzip.

Die linksliberale „Deutsche Demokratische Partei“ (DDP) - im Weimarer Kabinett beispielsweise durch den Außenminister Walther Rathenau vertreten - stand für Werte wie individuelle Freiheit und soziale Verantwortung. Sie war die einzige Verfassungspartei, die sich ohne „Wenn und Aber“ mit der Weimarer Republik identifizierte.

Die nationalliberale „Deutsche Volkspartei“ (DVP) unter dem Parteiführer und späteren Reichskanzler Gustav Stresemann als Nachfolger der Nationalliberalen fungierte als Partei der Wirtschaftsverbände und Mittelständler. Sie propagierte den Vorrang der Freiheit des Einzelnen vor staatlichen Interessen.

Die nationalkonservative „Deutschnationale Volkspartei“ (DNVP) auf der Rechten mit Gründungsmitgliedern wie Alfred Hugenberg und Wolfgang Kapp vertrat einen monarchistischen Konservatismus und wollte damit die Massenbasis ansprechen. Sie fand ihr Wählerpotential hauptsächlich beim Landvolk und den ostelbischen Großgrundbesitzern.⁴

Auf Landesebene wurden am 10. November 1918 die bisher amtierenden badischen Minister entlassen und eine provisorische Volksregierung gebildet, deren Aufgabe u. a. in der Vorbereitung von demokratischen Wahlen bestand - hieran sollten erstmals ausdrücklich auch Frauen teilnehmen. Anders als in den übrigen deutschen Staaten wollte die provisorische Regierung in Baden das revolutionäre, demokratische Element mit der Tradition versöhnen und strebte keine rein sozialistische Republik an. Sie setzte sich neben Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte aus Angehörigen der linksliberalen Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen Partei sowie des konservativen Zentrums zusammen. Mit fünf Ministern stellten die Sozialdemokraten die Mehrheit der elf Minister, darunter Anton Geiß als Vorsitzender und Ludwig Marum als Justizminister. Auch die USPD war mit den beiden Ministern Johann Brümmer (militärische Angelegenheiten) und Adolf Schwarz (soziale Fürsorge) vertreten. Das strategisch wichtige Innenministerium wurde dagegen mit einem Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei - Ludwig Haas - besetzt.⁵

⁴ Michael Stürmer: Das Jahrhundert der Deutschen, München 1999, S. 86 ff.

⁵ Wolfgang Hug: Die Geschichte Badens, 2. Auflage Darmstadt 2016, S. 151 ff.



Die vorläufige badische Regierung mit Ministerpräsident Anton Geiss in der Mitte sitzend (Landesarchiv Baden-Württemberg, Generallandesarchiv Karlsruhe, J-Ac B 116 Bild 1, <http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=4-1547727-1>)

Die Vertreter der linken Parteien bildeten damit die Mehrheit in der Regierung und können als das „revolutionäre“ Element in der provisorischen Regierung bezeichnet werden. Die „Tradition“ kam dagegen im Wahlkampf zur Badischen Verfassungsgebenden Nationalversammlung deutlich zum Ausdruck, da sich die Parteien ihrer althergebrachten Argumentationen bedienten: das Zentrum vertrat christliche Werte, die Sozialdemokraten traten für den sozialen Volksstaat ein, die Deutschen Demokraten verfochten eine liberale Grundordnung.

Die erste demokratische Wahl fand in Baden am 5. Januar 1919 und damit noch vor den Reichstagswahlen statt. Im Ergebnis wurde die sogenannte „Weimarer Koalition“ aus Zentrum (39 Sitze), SPD (36 Sitze) und DDP (25 Sitze) gebildet – wie zwei Wochen später auch auf Reichsebene. Mit einer Wahlbeteiligung von knapp 88 Prozent machten die Badener – und hier insbesondere die Frauen – regen Gebrauch von ihrem neu erworbenen demokratischen

Recht auf Teilhabe. Am 15. Januar 1919 trat der Badische Landtag zum ersten Mal zusammen.⁶

2.3 Weimarer Verfassung: „Der starke Staat“

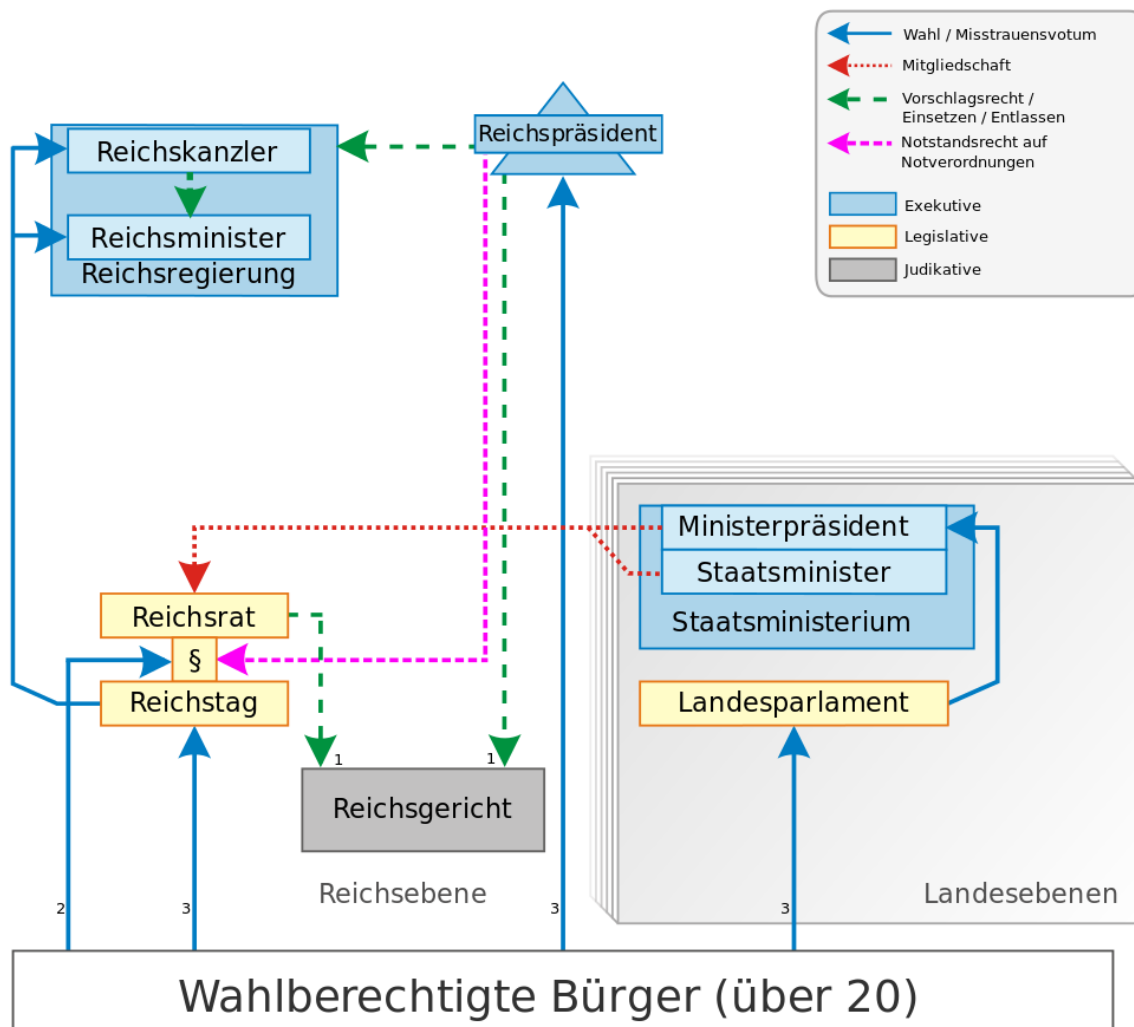
Das nahezu ausgeglichene Stimmenverhältnis zwischen Tradition und Moderne spiegelte sich dann auch in der Verfassung für die neue Badische Republik vom 21. März 1919 wider. Sie verankerte zwei grundlegende Prinzipien: Einerseits sollte der „starke Staat“ durch eine Armee an Stelle einer Volkswehr garantiert werden – ein dem Staat und seinen Werten verpflichtetes Heer, das die Demokratie „wehrhaft“ machen sollte. Demgegenüber stand das „basisdemokratische“ Element, welches ein hohes Maß an politischer Partizipation des Volkes über die Landtagswahlen und vor allem durch jederzeit mögliche Volksabstimmungen vorsah. Diese beiden Prinzipien wurden in der Weimarer Verfassung durch weitere, widersprüchliche Elemente ergänzt: Der Reichstag erhielt eine starke Stellung, da ohne ihn die Regierung keine Gesetze verabschieden konnte. Der direkt vom Volk gewählte Reichspräsident vereinte in sich militärischen Oberbefehl, das Recht zur Parlamentsauflösung und zur Verhängung des Ausnahmezustands und wird daher auch oftmals als „Ersatz-Kaiser“ bezeichnet.⁷ Man bezeichnet die Staatsform der Weimarer Republik daher auch als „semipräsidentiell“.

Die „Wehrhaftigkeit“ der jungen Demokratie zeigte sich bereits früh in zahlreichen Verfügungen, welche die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zum Ziel hatten. So erließ beispielsweise das Bezirksamt Konstanz am 10. Oktober 1921 eine Rundverfügung zur Abwehr von Störungen bei Wahlversammlungen, in der präzise die Einstellung der Behörde zur Weimarer Republik zum Ausdruck kommt: *„(...) Ganz abgesehen davon, dass das Sprengen von Wählerversammlungen eine Verwilderung der gesellschaftlichen Sitten darstellt, sind solche Vorgänge geeignet, das Vertrauen der Bevölkerung zur Republik als vollendetem Rechtsstaat aufs heftigste zu erschüttern. Nur auf dem Boden voller Gesetzmäßigkeit kann sich die neue Verfassung einleben. Die Polizeiorgane müssen infolgedessen, will die Staatsgewalt sich nicht selbst aufgeben, für die Erhaltung der Ordnung ihre ganze Kraft einsetzen (...).“* Bereits zu einem recht frühen Zeitpunkt – die Weimarer Republik war gerade einmal drei Jahre alt – wird an diesem kleinen Beispiel ein grundsätzliches Dilemma der ersten Demokratie auf deutschem Boden sichtbar: Eine neue politische, verfassungsmäßige und gesellschaftliche Ordnung sollte mit den altbewährten und

⁶ <https://www.leo-bw.de/themenmodul/von-der-monarchie-zur-republik/baden> (abgerufen am 14.2.2018)

⁷ Michael Stürmer: Das Jahrhundert der Deutschen, München 1999, S. 86 ff.

altbekanntesten Instrumentarien des Kaiserreiches durchgesetzt werden.⁸



1 Der Reichspräsident ernannte die Reichsrichter auf Vorschlag des Reichsrates.
 2 Ein Volksentscheid konnte durch ein Volksbegehren, das durch 10% der Wahlberechtigten verlangt wurde, oder auf Antrag des Reichspräsidenten zustande kommen.
 3 Die Wahlen waren allgemein, geheim, unmittelbar und gleich. Reichstagswahlen finden alle 4 Jahre, Reichspräsidentenwahlen alle 7 Jahre statt.

Das Politische System der Weimarer Republik mit dem starken Reichspräsidenten als zentrale Figur (By dennis-Xp, Niabot, Atom3,141Iz (<http://www.gnu.org/copyleft/fdl.html>) or CC-BY-SA-3.0)

Die badische Landesregierung mit drei sozialdemokratischen Ministern, zwei Ministern des Zentrums und zwei Ministern der Demokraten erwies sich als sehr stabil. Dies mag unter anderem an der Konsensfähigkeit der Minister selbst und nicht so sehr an der Vereinbarkeit der parteipolitischen Ziele gelegen haben. Differenzen gab es vor allem in der Kultur- und Bildungspolitik.

⁸ Stadtarchiv Singen, 10 Gemeindearchiv Singen, XI 2/21

Im folgenden Kapitel soll die Entwicklung an der Basis in Folge der Novemberrevolution mit der Etablierung der Arbeiter- und Soldatenräte betrachtet werden. In Karlsruhe hatten bereits Anfang November 1918 die Soldatenräte Kontakt mit den örtlichen Vertretern der Arbeiterorganisationen – SPD und Gewerkschaften – aufgenommen und sich folgerichtig zu „Arbeiter- und Soldatenräten“ erweitert.

2.4 Die Tätigkeit des Singener Arbeiter- und Soldatenrates⁹

Auch in Singen konstituierte sich ein Arbeiter- und Soldatenrat. Bürgermeister Thorbecke hatte im Bürgerausschuss Anfang November gefordert, dass *„...unsere Krieger nach der Demobilisierung hoffentlich in Ruhe und Frieden zurückkehren [werden]; ihre alten Arbeitsplätze müssen ihnen unbedingt frei gehalten, fremde Arbeiter nicht mehr nach Singen gezogen werden, schwebende Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sollen schleunigst beigelegt werden.“* Mit diesen Worten hatte er bereits die Konfliktlinien vorgezeichnet, denen die Arbeit des Arbeiter- und Soldatenrates unterlag – Integration der Kriegsheimkehrer in eine nunmehr demokratische Gesellschaft sowie Befriedung des Arbeitsmarktes. Um den politischen Konsens in Singen nicht zu gefährden und den lokalen Kosmos vor destabilisierenden Einflüssen von außen zu sichern, versuchte Thorbecke, den Zuzug neuer Arbeitskräfte zu verhindern. Der lokale Arbeitsmarkt musste ja bereits die Wiedereingliederung ehemaliger Soldaten „verkräften“. Bürgermeister Thorbecke verfolgte damit unmittelbar nach Kriegsende eine Politik des „Gleichgewichtes der Kräfte“, um gesellschaftliche Verwerfungen oder sogar Umbrüche zu verhindern.¹⁰

Die Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates Singen einen Tag später, am 12. November 1918 legte die Grundlinien für das weitere Vorgehen dieses Gremiums fest: Alle Beschlüsse waren öffentlich bekannt zu geben und den in Singen vertretenen Parteien und Organisationen sollte ein Sitz im Arbeiterrat eingeräumt werden, um die *„Verbindung mit der Bürgerschaft aufrecht zu erhalten“*, wie es in dem Sitzungsprotokoll heißt.

Das Streben nach einem Ausgleich mit den liberalen und konservativen Kräften wird auch an der Tatsache deutlich, dass Bürgermeister Thorbecke an den Sitzungen als vollberechtigtes Mitglied teilnehmen sollte. Die öffentliche Ordnung hatten u. a. Schutzmannschaften aufrecht zu erhalten, die eine rote Armbinde mit der Aufschrift „Arbeiter- und Soldatenrat“ trugen. Bei der Erfassung der Lebensmittel im Landkreis Konstanz und der Kontrolle einer gerechten

⁹ Alle Zitate in diesem Kapitel stammen aus der Akte Stadtarchiv Singen, 10 Gemeindearchiv Singen, IX 31

¹⁰ Gerd Zang: Arbeiterleben in einer Randregion, Konstanz 1987, S. 119 ff.

Verteilung wurde eine Zusammenarbeit mit den Arbeiterräten in Radolfzell und Konstanz angestrebt. Besonders die Verpflegung der aus dem Krieg heimkehrenden Soldaten war den Arbeiterräten ein Anliegen: *„Mit Rücksicht auf die (...) jetzt schon beginnende ausgedehnte Rückkehr einzelner Soldaten ist die Bahnverkehrsverpflegung, die früher vom Roten Kreuz durchgeführt wurde, wieder in Betrieb zu setzen (...) Damit durch die Verpflegung dieser Soldaten keine Schmälerung der [für die] Bevölkerung zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel eintritt, sind die Lebensmittel von der Militärverwaltung anzufordern (...)“*.

Als Sitzungslokal diente der obere Stock des ehemaligen Bahnbauinspektionsgebäudes. Laut einer Mitgliederliste vom 18. März 1919 bestand der Rat aus 16 Mitgliedern, unter ihnen die Gemeinderäte Julius Auer und Georg Reinbold sowie der Bauunternehmer Otto Korm.



Otto Korm, Bauunternehmer und Mitglied des Singener Arbeiterrates
(Stadtarchiv Singen, 216 Nachlass Willy Weber, Nr. 1991)

Die Mehrheit der Mitglieder waren Fabrikarbeiter, somit war der Singener Arbeiterrat deutlich sozialdemokratisch geprägt. Dies zeigte sich auch bei der nächsten Sitzung am 27. November, in der sich der Arbeiterrat verstärkt sozialpolitischen Themen wie der Forderung nach dem Achtstundentag und der Wiedereingliederung von Soldaten in den Arbeitsmarkt zuwandte: *„(...) Bei allen hiesigen Betrieben einschließlich der Stadtverwaltung ist anzustreben, dass während des Krieges eingestellte Angestellte, die jetzt wieder ihrem eigenen Geschäft nachgehen können (...), nach Einarbeitung von Ersatzleuten zur Entlassung kommen (...), um die Einstellung von aus dem Krieg zurückkehrenden Arbeitskräften zu ermöglichen, die sonst arbeitslos wären.“* Des Weiteren wurde bemängelt, dass in den Singener Industriebetrieben weiterhin mit der kriegsbedingten beschränkten Arbeiterzahl gearbeitet wurde, wodurch man eine Gesundheitsgefährdung der Arbeitnehmer befürchtete.

Einen strategischen Wechsel vollzog der Singener Arbeiter- und Soldatenrat mit der Umbenennung in „Volksrat“ am 9. Dezember. In einer Resolution für den Kommissariatsbezirk Konstanz erklärten er sich als *„(...) einzige Repräsentanten der derzeitigen Regierung“* und stellte sich *„(...) voll auf den Boden der sozialen Demokratie“*. Der noch einen Monat zuvor angestrebte Konsens mit den bürgerlichen Kräften musste durch solche Äußerungen aufgebrochen und zum Scheitern gebracht werden.

Die sozialdemokratischen Volksräte grenzten sich mit derartigen Äußerungen auch von den Bauernräten ab, die laut einem Kommentar in der Singener Zeitung vom 9. Dezember 1918 *„(...) durch ihre Organisation die Produktion schützen und ein wirksames Gegengewicht gegen etwa auftretende allzu große Machtgelüste der sozialdemokratischen Volksräte bilden.“*

Der Anspruch, quer durch alle gesellschaftlichen Schichten eine Volksvertretung zu bilden und eine neue demokratische Ordnung zu etablieren, war damit bereits nur einen Monat nach Ende des Ersten Weltkrieges an den weiterhin bestehenden, auf der kaiserlichen Gesellschaftsordnung beharrenden Kräften gescheitert. Der Volksrat fungierte nun in erster Linie als Sprachrohr der Arbeiter gegenüber der Verwaltung in Fragen der Lebensmittelversorgung, Wohnraumbeschaffung und Arbeitsvermittlung.¹¹

Mit der Kommunalwahl im Juni 1919 sah der Volksrat einen Teil seiner Forderungen – die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts – als erfüllt an. In einem Schreiben an Bürgermeister Thorbecke formuliert dies der Singener Volksrat wie folgt: *„(...) Nachdem die Gemeindewahlen durchgeführt sind und auf Grund des Verhältniswahlverfahrens jede einzelne politische Partei gemäß ihrer in der Einwohnerschaft vorhandenen Stärke nunmehr*

¹¹ Wolfgang Glaeser: „Vorwärts, mit der Roten Fahne!“ Bilder aus der Geschichte der Singener Sozialdemokratie, Singen 1994, S. 28 ff.

(...) ihre Vertretung hat, sieht der Volksrat einen Teil seiner bisherigen (...) Aufgaben als erledigt an (...).“ Die Beaufsichtigung der Nahrungsmittelverteilung übertrug der Volksrat einer neu gebildeten Nahrungsmittelkommission.

Aus den Akten des Stadtarchivs Singen geht nicht hervor, wann der Singener Volksrat seine Arbeit endgültig einstellte. Sehr wahrscheinlich wird er sich aber unmittelbar nach dem Beschluss der Landesversammlung am 18. August 1919 über die Auflösung aller Räte ebenfalls aufgelöst haben.

2.5 Exkurs: Entstehung und Organisation der Singener Arbeiterschaft

2.5.1 Die sozialdemokratische Bewegung

Die beiden Konfliktlinien „Integration der heimkehrenden Soldaten in die Gesellschaft“ und „Befriedung des Arbeitsmarktes“ wurden bereits im vorhergehenden Kapitel thematisiert. Um die spezifische Situation in Singen mit den drei großen Industriebetrieben Maggi, Georg Fischer und Aluminium-Walzwerk, die ersten Arbeitskämpfe zu Beginn der 1920er Jahre und die Rolle der Sozialdemokratie in diesem Gefüge zu verstehen, soll an dieser Stelle die Zusammensetzung der Singener Arbeiterschaft skizziert werden: Sie bestand um die Jahrhundertwende aus einer großen Gruppe an ungelerten Fabrikarbeitern sowie einer kleinen Gruppe an Facharbeitern und Bauarbeitern. Die ungelerten Arbeiter kamen im Zuge der Industrialisierung aus den umliegenden Hegau-Dörfern nach Singen und arbeiteten in den Fabriken von Georg Fischer und Maggi. Sie pendelten täglich zwischen ihren Heimatdörfern und Singen, während die Facharbeiter aus dem ganzen Reich angeworben wurden und ihren Wohnsitz in Singen selbst nahmen.



Arbeiter vor dem Eingang der Fitting-Fabrik um 1900 (Stadtarchiv Singen, 700 Fotosammlung)

Viele Facharbeiter, die zum Teil aus größeren Städten kamen, waren dort bereits Mitglied einer sozialdemokratischen Gruppierung oder der Gewerkschaft gewesen. Daher entstand auch in Singen um 1894 eine sozialdemokratische Bewegung, die sich bis zum Ersten Weltkrieg hinter den Liberalen und dem katholischen Zentrum als drittstärkste Partei im sogenannten „Großblock“ etablierten konnte. Bei den Reichstagswahlen kam sie 1912 auf knapp 30 Prozent der Stimmen. Mit Otto Korm zog erstmals ein Sozialdemokrat in den Singener Gemeinderat ein - er wurde bereits im letzten Kapitel als Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates benannt. Durch das Bündnis mit den Liberalen - keine Koalition im heute üblichen Sinne, aber eine auf gegenseitigem Respekt gegründete Zusammenarbeit - war die SPD spätestens mit der Regierungsbeteiligung im Karlsruher Landtag 1919 auch in Singen „salonfähig“ geworden und wurde von einem Großteil des Bürgertums nun nicht mehr aus der städtischen Gesellschaft

ausgegrenzt. Die Sozialdemokraten konnten daher bereits zu Beginn der Weimarer Republik auf eine große Erfahrung in der politischen Arbeit als Stadt- und Gemeinderäte zurückgreifen.¹²

Durch zahlreiche parteinahe Vereinsgründungen wie die „Freien Turner“ 1905 und den „Milchvertriebsverein“ 1912 schufen sich die Sozialdemokraten nun ein funktionierendes Netzwerk im sozialen und auch infrastrukturellen Bereich. Mit dem „Volkswillen“, der am 1. Mai 1920 erstmals erschien, verfügten die Singener Sozialdemokraten über ein eigenes Sprachrohr und eine wichtige Kommunikationsplattform für Veranstaltungen und ihre sozialdemokratischen Vereine.

Über die Gründung des sozialdemokratischen „Volkswillen“ berichtet Richard Jäckle, der Sohn des Gewerkschaftssekretärs Karl Jäckle, im Interview mit Herbert Berner, dass *„(...) 1919 der Unterbezirk Singen der SPD [beschloss], (...) eine eigene SPD-Zeitung herauszugeben. Das Grundstück Bismarckstraße 13a wurde erworben und der erste Bauabschnitt dort erstellt (...)“*¹³ Bereits am 1. Mai 1920 erschien die erste Nummer des neuen Presseorgans.

Der „Volkswille“ war ein genossenschaftliches Projekt, da über 100 Mitglieder Geschäftsanteile von je 100 Mark zeichneten. Prägend für den „Volkswillen“ wurde dessen erster Lokalredakteur Max Porzig.¹⁴

¹² Peter Brandt / Reinhard Rürup (Hrsg.): Volksbewegung und demokratische Neuordnung in Baden 1918/19: zur Vorgeschichte und Geschichte der Revolution, Sigmaringen 1991, S. 9 ff und Gerd Zang, ebd.

¹³ Stadtarchiv Singen, Zwischenarchiv AZ 362.315 Interview Herbert Berner mit Richard Jäckle

¹⁴ Wolfgang Glaeser, ebd.



Max Porzig, Arbeiterdichter und Lokalredakteur des „Volkswille“
(Stadtarchiv Singen, 700 Fotosammlung)

Richard Jäckle beurteilt die politische Situation in Singen zu Beginn der 1920er Jahre in dem bereits erwähnten Interview wie folgt: *„(...) Die Situation war so, dass im oberbadischen Raum Singen (...) kommunistische Hochburg war. In Singen lebte seit dem Ende des ersten Weltkriegs Max Maddalena, er war damals Sekretär des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Die Singener Betriebe (...) hatten nach dem ersten Weltkrieg viele auf dem Heuberg entlassene Soldaten. Diese Menschen brachten natürlich Unruhe in das Singen des Bürgertums. (...) Die Stärke der SPD in Singen waren die sportlichen und kulturellen Vereine wie „Arbeitersängerbund Vorwärts“ (... und der) Touristenverein „Die Naturfreunde“ (...). Diese Vereine waren zusammengeschlossen im Arbeiter-Sport- und Kulturkartell, das war ein starkes politisches Element der SPD.“*¹⁵

¹⁵ Stadtarchiv Singen, Zwischenarchiv AZ 362.315 Interview Jäckle

Bereits um die Jahrhundertwende begannen die Singener Arbeiter, sich in Interessenvertretungen wie beispielsweise dem 1901 gegründeten Gewerkschaftskartell der Freien Gewerkschaften zu organisieren. Hier lässt sich eine inadäquate Repräsentation der Masse unqualifizierter Fabrikarbeiter durch qualifizierte Handwerker beobachten – die Vertretung der Arbeitnehmer in den Gewerkschaftskartellen entsprach damit nicht der Realität in den großen Singener Fabriken. Auch bei den Kandidatenlisten der SPD fällt eine starke Vertretung des Handwerks auf, was letztendlich eine Orientierung hin zur sozialen Mitte bedeutete. Auch in den anderen Parteien war das Handwerk stark vertreten.¹⁶

Die Sozialdemokratie knüpfte große Erwartungen an die junge Republik: allgemeines gleiches und freies Wahlrecht für Frauen und Männer, die Einführung eines Achtstundentags oder die Aufhebung jeglicher Standesvorrechte. Reichsweit war sie jedoch in der „Weimarer Koalition“ mit dem Zentrum und den Liberalen gleichsam „gefangen“, so dass grundlegende sozialdemokratische Reformen ausblieben. Dies bewog viele Wähler, schon bald ihrer Partei den Rücken zu kehren. Die Spaltung der Sozialdemokratie in SPD und USPD ist ein sichtbarer Ausdruck dieser Unzufriedenheit. So konnte die SPD bei der Kommunalwahl im Mai 1919 nur noch 35 Prozent der Stimmen gewinnen, die USPD kam „aus dem Stand“ auf 7,4 Prozent.¹⁷ Auch bei den Bürgermeisterwahlen am 30. Dezember 1919, die nach dem Rücktritt Thorbeckes am 17. Oktober notwendig geworden waren, konnte sich der Kandidat der SPD, Justizsekretär Becherer, nicht durchsetzen: Er machte sich dezidiert für eine sozialistische Wirtschaftsreform stark, die jedoch in der bürgerlich und konservativ geprägten Singener Gesellschaft keinen Rückhalt fand. Neuer Bürgermeister für vier Jahre wurde Otto Jäger, der sich auf den Rückhalt der liberalen DDP, des Zentrums und schließlich auch der SPD stützen konnte.

¹⁶ Gert Zang, ebd.

¹⁷ Wolfgang Glaeser, ebd.



Hans-Constantin Paulssen, ab 1923 Geschäftsführer der Aluminium-Walzwerke Singen
(Stadtarchiv Singen, 700 Fotosammlung)

In einem Interview mit Herbert Berner beschreibt Hans-Constantin Paulssen, ab 1920 Direktor der Aluminium-Walzwerke, die Situation der Arbeiter und Gewerkschaften in Singen zu Beginn der 1920er Jahre. Die Äußerungen sind kritisch zu hinterfragen, da Paulssen als ehemaliger Offizier und Freikorpsführer eher als nationalkonservativ einzuschätzen ist, sie zeichnen dennoch ein zeitgenössisches Bild der gesellschaftlichen Situation: Ein Teil der Singener Bevölkerung bestand laut Paulssens Aussage aus Rückwanderern in die Schweiz, die sich nur vorübergehend in Singen aufhielten. Diese Arbeiter charakterisiert er als unzufrieden über den Zusammenbruch des Kaiserreichs und dementsprechend politisch verbittert: „(...) *Unter diesen Elementen* - gemeint sind die ausländischen Arbeitskräfte in den Singener

Industriebetrieben - waren natürlich eine ganze Anzahl, die über den Umsturz (...) sich der unabhängigen sozialdemokratischen oder auch der kommunistischen Partei, die damals Spartacus genannt wurde, anschlossen, und die nun hier in die Betriebe einsickerte (...).“

Unter den Arbeitern befand sich auch der bereits erwähnte Max Maddalena, den Paulssen als „außerordentlich radikalen, gut geschulten Mann“ bezeichnet. Da die Aluminium-Walzwerke erst 1912, also zwei Jahre vor dem Ersten Weltkrieg, gegründet worden waren, war der Anteil an „Singener Stammpersonal“ relativ niedrig und die sozialpolitischen Verhältnisse laut Paulssen „schwierig“. In Folge der problematischen wirtschaftlichen Situation nach dem Ersten Weltkrieg fanden häufig Besprechungen mit den Arbeitnehmern und den Gewerkschaften statt. Hans-Constantin Paulssen beschreibt diese Verhandlungen mit der „Gegenseite“ wie folgt: „(...) Je stärker die Inflation der Mark fortschritt, desto häufiger waren Lohnerhöhungen nötig. Da war auf der anderen Seite in der Regel Herr Maddalena als Sprecher neben einem ruhigen sozialdemokratischen Arbeitssekretär Wertmüller (...).“ Die schleichende Inflation habe „alle Lohnverhandlungen natürlich erschwert, man musste sie viel – fast ununterbrochen – führen.“

In den Äußerungen von Paulssen wird die in der Weimarer Republik zu konstatierende Wahrnehmung der beiden „linken“ Parteien deutlich: die radikale KPD auf der einen und die gemäßigte SPD auf der anderen Seite, die als verfassungstragend eingestuft wurde, aber daher für viele auch nicht mehr die klassischen sozialdemokratischen Politikinhalt vertrat: „(...) Ich hatte das Gefühl, dass [auf Landesebene] eine gute Zusammenarbeit dieser drei Parteien – Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten – vorhanden war. Die politischen Ansichten gingen nicht sehr stark auseinander.“

Max Maddalena, KPD
von 1928 bis 1933
Reichstagsabgeordneter
wohnhaft in Singen



Wahlplakat des KPD-Mitgliedes Max Maddalena, der von 1920 bis 1924 die Ortsverwaltung Singen des Deutschen Metallarbeiterverbandes leitete (Stadtarchiv Singen, 153 Nachlass Besnecker, Karton Max Maddalena 2)

Diese Einstellung lässt sich unterschwellig auch an den Äußerungen zum 1. Mai beobachten: Der 1. Mai war in der Weimarer Republik noch kein Staatsfeiertag, diesen Status erhielt er erst 1933 unter den Nationalsozialisten. Eine Initiative der Weimarer Nationalversammlung zur Einführung dieses Feiertages im Jahr 1919 scheiterte am Widerstand nicht nur von DNVP, DVP und Zentrum, sondern auch der USPD, die zusätzlich noch die Einführung eines Revolutionsfeiertages forderte.

Die Gewerkschaften riefen dennoch zur 1. Mai-Feier auf, obwohl in den Fabriken gearbeitet werden musste. Laut Paulssen führte dies zu „*heftigen Auseinandersetzungen*“.¹⁸

2.5.2 Die Rolle der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften als legitime Vertreter der Arbeitnehmer wurden erstmals mit den Einzeltarifverträgen vom März und April 1919 zwischen den Aluminium Walzwerken Singen bzw. der Georg Fischer AG und den Metallgewerkschaften anerkannt. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder im Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV) verdreifachte sich in Folge in der ersten Jahreshälfte auf 1.806 Mitglieder. Die Gewerkschaft war somit zu einem ernstzunehmenden Gesprächspartner geworden, der von Seiten der Geschäftsführungen nicht mehr ignoriert werden konnte. Dies spiegelt sich auch im Tarifvertrag für die Metallindustrie in ganz Baden wider: Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 46 Stunden - dies bedeutete eine Arbeitszeitverkürzung um mehr als zehn Stunden gegenüber dem Kaiserreich - und erstmalig die Einführung eines Urlaubsanspruches für die Arbeitnehmer.

Der Trend zum Mitgliederwachstum setzte sich im Lauf des Jahres 1919 fort. Die Mehrheit der neu organisierten Metallarbeiter ist politisch links von den Sozialdemokraten zu verorten. Daher war die Ortsverwaltung der Gewerkschaft in Singen auch mehrheitlich mit Mitgliedern der USPD besetzt, Bevollmächtigter war das SPD-Mitglied Werthmüller. Diese "Zwiespältigkeit" in der Besetzung der Ortsverwaltung zeichnete sich auch in der ideologischen Ausrichtung der Gewerkschaftsfunktionäre ab: während die SPD-Anhänger für eine schrittweise Verbesserung der Lage der Arbeiter plädierten, forderten die USPD- und später auch die KPD-Anhänger eine stärkere Politisierung der Konflikte und eine grundsätzliche Veränderung der Arbeitersituation. Mit der Wahl Max Maddalenas zum Kassierer Anfang 1921 manifestierte sich dieser ideologische Konflikt, da sowohl Werthmüller als auch Maddalena als Geschäftsführer und somit als „Doppelspitze“ auftraten. Als Max Maddalena im Februar 1922 dann zum neuen Bevollmächtigten gewählt wurde, übernahmen die USPD- und KPD-nahen Gewerkschaftsmitglieder endgültig die Führung innerhalb des Singener Metallerverbundes. Die SPD distanzierte sich zunehmend mit der Begründung, Aktionen der Gewerkschaft seien „*bolschewistisch motiviert*“.¹⁹

Die Gewerkschaften begaben sich durch ihre Forderungen nach arbeitsrechtlichen Verbesserungen für die Arbeitnehmer bereits zu Beginn der Weimarer Republik „in

¹⁸ Die Zitate stammen aus der Akte Stadtarchiv Singen, Zwischenarchiv AZ 362.315 Interview Herbert Berner mit Hans-Constantin Paulssen

¹⁹ Gerd Zang, ebd.

Konkurrenz“ zur Sozialdemokratie. Dadurch war die Spaltung der Singener Arbeiterschaft bereits frühzeitig angelegt. Die hier skizzierte zunehmende Radikalisierung der Arbeiter bzw. die Politisierung der Arbeitnehmer u. a. durch Entwicklung von Maßnahmen zum Arbeitskampf zeigten sich bereits an den ersten Arbeitskämpfen in Singen: Die geplante Versammlung von Arbeitern der Firma Georg Fischer Anfang Februar 1920 veranlasste die Direktion des Unternehmens, das Bürgermeisteramt um ordnungspolizeiliche Maßnahmen zu bitten: „(...) *Da es nicht ausgeschlossen ist, dass es bei dieser Gelegenheit in Anbetracht der Erhitzung, die von gewisser Seite absichtlich in die Arbeitermenge getragen wird, zu Gewalttätigkeiten (...) kommen kann, richten wir an Sie die Bitte, (...) insbesondere auch die Gendameriestation über die Sachlage zu verständigen, damit notfalls ungesetzlichen Übergriffen begegnet werden kann.*“²⁰

Mit der „gewissen Seite“ war die USPD gemeint, die zu der Versammlung mit anschließendem Demonstrationzug aufgefordert hatte. Das Bürgermeisteramt informierte nicht nur die Gendameriestation in Singen über die Veranstaltung, sondern ersuchte auch die Gewerkschaft, auf die Arbeiter mäßigend einzuwirken.



Arbeiter in der Umschmelzerei der Aluminium-Walzwerke, um 1924
(Stadtarchiv Singen, 700 Fotosammlung)

²⁰ Stadtarchiv Singen, 10 Gemeindearchiv, XI 2/20

Mitte März war ein Generalstreik in den Singener Betrieben geplant. Die Berichterstattung hierüber spiegelt deutlich die zwiespältige Stellung der SPD zwischen „Arbeitervertretung“ und „Regierungspartei“ wider: Bürgermeisterstellvertreter Kleinbrink berichtete, dass Gemeinderat Georg Reinbold ihm telefonisch mitgeteilt habe, er fungiere als bevollmächtigter Vertreter der Regierung. Daher solle der Generalstreik noch nicht abgehalten und diesbezüglich ein Plakat mit dem Titel „Die Republik ist in Gefahr“ gedruckt werden. Das Bürgermeisteramt unterzeichnete daraufhin dieses Plakat. Die Singener Zeitung kritisierte, dass doch gerade die Mehrheitssozialisten, deren Vertreter im Gemeinderat Reinbold war, sehr viel Boden und Rückhalt in der Arbeiterbewegung durch die Verhinderung des Generalstreikes verloren hätten. Die Sozialdemokratie könne nicht als Vertreter der Landesregierung angesehen werden, die ja eine Koalitionsregierung aus Zentrum, Demokraten und SPD sei. Sie sprach Reinbold sogar eine entsprechende Legitimation zur Ausübung der Regierungsgewalt in Singen ab. Georg Reinbold wehrte sich daraufhin mit einem Leserbrief, der am 18. März 1920 veröffentlicht wurde: er habe lediglich die Vollmacht gehabt, in Konfliktfällen einzugreifen. Ein solcher war durch den falsch ausgelegten Aufruf der Sozialdemokraten zum Generalstreik gegeben, der nur einen Tag später in Singen hätte stattfinden sollen. Mit seinem Eingreifen als Mitglied des Gemeinderates habe er unnötige Kraftverschwendung und Schaden von der Singener Einwohnerschaft abgewendet.²¹

Auf die weitere Entwicklung innerhalb der Gewerkschaft wird in der vorliegenden Arbeit nicht eingegangen, sie diene lediglich als Beispiel für die Spaltungen, die sich durch die Singener Arbeitnehmerschaft zogen.

2.6 Außenpolitische Determinanten und ihre Folgen auf Landesebene: Versailler Vertrag und Stellung des Deutschen Reichs im europäischen Machtgefüge

Auf Reichsebene war die junge Republik von Anfang an Anfeindungen aus dem linken und rechten Lager ausgesetzt. Insbesondere die Offiziere standen der neuen Staatsform noch ablehnend gegenüber. So versuchten sie im gescheiterten Kapp-Lüttwitz-Putsch (1920) und dem Hitler-Putsch (1923) eine politische Ordnung unter Berufung auf das Kaiserreich nach ihren Vorstellungen wiederherzustellen. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch wurde in der Hauptsache durch einen Generalstreik beendet, den die Gewerkschaften ausgerufen hatte.²² Die kurzlebige Münchner Räterepublik unter Kurt Eisner vom April 1919 strebte dagegen eine

²¹ Stadtarchiv Singen, 10 Gemeindearchiv, XI 2/9

²² <http://www.landeskunde-baden-wuerttemberg.de/lgweimarerrepublik.html> (abgerufen am 14.2.2018)

sozialistische Republik nach rätedemokratischem Muster an. Sie wurde nach nur vier Wochen von bayerischen Heimatverbänden und dem Freikorps vertrieben.

Bereits in diesem frühen Stadium zeigt sich das grundsätzliche Dilemma, in dem sich die SPD in der Weimarer Republik befand: die Angst vor der bolschewistischen Revolution lähmte die Partei politisch und führte zu einer Annäherung an die politische Mitte.

Neben der staatlichen Konsolidierung als parlamentarische Demokratie war die erste Phase der Weimarer Republik außenpolitisch besonders durch die Folgen des Versailler Vertrages geprägt. Als Ergebnis der Pariser Friedenskonferenz im Januar 1919 legte er Bedingungen für die Einbindung eines friedlichen Deutschlands in den Völkerbund fest. Besonders drei Punkte erwiesen sich als belastend für die junge Weimarer Republik: In Artikel 231 wird Deutschland und seinen Verbündeten die alleinige Schuld am Ersten Weltkrieg zugesprochen. Dieser „Kriegsschuldartikel“ diente den Alliierten als Legitimation für Ihre Reparationsforderungen. Daneben musste Deutschland einen Teil seines territorialen Besitzes abtreten – beispielsweise Elsaß-Lothringen an Frankreich – und eine Entmilitarisierung des Rheinlandes akzeptieren.



In der Singener Fastnacht 1923 fuhr auch ein Wagen zum Völkerbund mit (Stadtarchiv Singen, Fotonachlass Ott-Albrecht)

Die Alliierten verfolgten mit dem Versailler Vertrag unterschiedliche Ziele: Frankreich wollte den deutschen Nationalstaat zerschlagen, Großbritannien forderte Ersatz für die entstandenen Kriegskosten und Amerika wollte Deutschland als Bollwerk gegen die Sowjetunion etablieren. In der deutschen Bevölkerung löste vor allem die These der Alleinschuld und die daraus abgeleiteten Reparationsforderungen in mehrstelliger Milliardenhöhe massive Kritik aus. Als Ergebnis des Versailler Vertrages standen Deutschland und die Sowjetrepublik, die den Friedensvertrag nicht unterzeichnet hatte, als isolierte Großmächte in Europa.

Diese außenpolitische Isolation versuchte Außenminister Walther Rathenau mit dem Vertrag von Rapallo am 16. April 1922 zu durchbrechen. Die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten wurden wiederaufgenommen und beide verzichteten auf den Ersatz von Kriegsschäden. Wenige Monate nach Unterzeichnung des Vertrages wurde Walther Rathenau am 24. Juni 1922 von Mitgliedern der rechtsextremen Organisation Consul ermordet. Im deutschnationalen und rechtsextremen Lager wurde der Vertrag, der mit der Person Rathenaus eng verbunden war, als Annäherung an das bolschewistische Russland strikt abgelehnt.²³

Auf Landesebene hatte Baden besonders mit den Folgen des Umstiegs von der Kriegswirtschaft auf eine Friedensproduktion zu kämpfen, die nur allmählich gelang. In vielen Bereichen hatten zudem Frauen die Arbeitsplätze von Männern übernommen. Die Integration der heimkehrenden Soldaten sowohl in den Arbeitsalltag als auch in die Zivilgesellschaft stellte daher eines der drängendsten Probleme zu Beginn der Weimarer Republik dar. Hinzu kamen die Bestimmungen des Versailler Vertrages, die Baden zum Grenzland machten und beispielsweise die Übersiedlung von rund 24.000 Elsälern in badisches Staatsgebiet zur Folge hatten. Durch die Entmilitarisierung entlang der badisch-französischen Grenze verloren zahlreiche Mitglieder der Garnisonen und Freiwilligen-bataillone ihre militärische Heimat und fanden diese zum Teil in der Reichswehr wieder, die zum größten Teil von einer rechtskonservativen Gesinnung geprägt war.

Eine weitere Folge des Versailler Vertrages war der Rückgang der Produktivität der badischen Industrie und Landwirtschaft, da in die entmilitarisierte Zone nicht investiert wurde und zahlreiche Unternehmen in andere deutsche Länder abwanderten. In der Landwirtschaft fehlte es an Saatgut und Dünger, zudem ging der linksrheinische Absatzmarkt in Elsaß-Lothringen verloren. Mit der Einführung des Achtstunden-Tages und der Einrichtung eines Arbeitsministeriums 1920 wirkte die badische Regierung massiv diesen Tendenzen entgegen.²⁴

²³ Michael Stürmer ebd.

²⁴ Wolfgang Hug: Die Geschichte Badens, 2. Auflage Darmstadt 2016, S. 151 ff

2.7 Der „Fall Scherer“: SPD und KPD distanzieren sich

Die Ermordung des Außenministers Rathenau führte reichsweit zu Protestaktionen, so auch in Singen. Hier kommt ihnen ganz besondere Bedeutung zu, da sie den Wendepunkt in der Beziehung zwischen Sozialdemokratischer und Kommunistischer Partei markieren. Daher soll an dieser Stelle auf die Geschehnisse rund um die Ermordung des Major Scherers näher eingegangen werden:

Nach der Ermordung Rathenaus organisierten SPD und KPD gemeinsam eine Demonstration am 4. Juli 1922. Beide Parteien benutzen die Veranstaltung, um mit dem noch immer verherrlichten Obrigkeitsstaat abzurechnen. Vor allem die Arbeiter in den Singener Großbetrieben sahen in dem Attentat auf den Reichsaußenminister Walter Rathenau einen Anschlag auf „ihre“ junge Republik. Vor dem Rathaus sprachen die Arbeiterführer Karl Hege und Max Maddalena. Nach der Kundgebung zog der Demonstrationzug durch die Kaiserstraße über die Maggi zurück zum Rathaus, wo er sich auflöste. Daraufhin zogen Einzeltrupps weiter, um monarchistische Bilder und Symbole beispielsweise im Grundbuchamt zu suchen und zu entfernen. Der Zug durch die Stadt eskalierte, als einige Teilnehmer gewaltsam in das Haus von Major Friedrich Julius Scherer eindrangen. In Folge eines Schusswechsels starb der Major.²⁵

Ein zeitgenössischer Beobachter, Pfarrer Georg Kaiser von der Pfarrei Herz-Jesu, schildert die Begebenheit folgendermaßen: *„(...) Politisch gesehen war die Inflationszeit eine turbulente Zeit. Die Leute waren ganz durcheinander, und die Kommunisten zogen Nutzen daraus. Besonders im Sommer 1922 machten sie wilde Umzüge. Am 4. Juli zogen sie, aufgestachelt durch eine Hetzerin aus Berlin, (...) zuerst vor das Schloss, (...) und [dann] zur Villa Scherer, wo es zur Ermordung desselben kam. Abends standen eine Anzahl der Helden auf dem Kreuzensteinplatz mit drohenden Fäusten gegen das Pfarrhaus und riefen: ‚Das nächste Mal kommen die Pfaffen dran‘ (...).“²⁶*

In der badischen Gendameriezeitung wird von Wachtmeister Müller besonders die aufgeheizte Stimmung unter den Demonstranten beschrieben: Mehr als tausend Demonstranten suchten in Verwaltungsgebäuden wie dem Finanzamt und dem Grundbuchamt nach Kaiserbildern. In der Maggi wurde Angestellte gezwungen, die rote Fahne zu tragen. Gegenüber der Polizei wurden Rufe wie „Schlagt sie nieder, die Hunde“ laut. Auch in die Villa des Direktors der Aluminiumfabrik und ehemaligen Offiziers und Freikorpsführer, Dr. Hans-Constantin Paulssen,

²⁵ Herbert Berner: Demonstrationen und Landfriedensbruch: Der Fall Major Scherer 1922, in: Singener Stadtgeschichte, hrsg. von Herbert Berner, Bd. 3 Singen, die junge Stadt, S. 66 ff.

²⁶ Georg Kaiser / Rolf Nestlen: Chronik der Herz-Jesu-Kirche Singen, Druckschriftensammlung des Stadtarchivs Singen, Signatur: 23/8, S. 20

versuchten die Demonstranten einzudringen. Die Sozialdemokraten, die bis dahin mäßigend auf die Demonstranten eingewirkt hatten, entfernten sich zu diesem Zeitpunkt von dem Demonstrationszug und erklärten die Veranstaltung für beendet.

Da Paulssen in der Villa nicht angetroffen wurde, kehrte der Demonstrationszug um und begab sich auf den Weg zur Villa von Major Scherer. Die Polizei näherte sich dem Anwesen vom angrenzenden Spital aus, bis zu ihrem Eintreffen vielen rund 25 Schüsse. Laut Aussagen mehrerer Demonstranten hatte Scherer das Feuer eröffnet, das die Demonstranten mit Steinwürfen und Schüssen erwiderten. Der Polizist Müller fand Scherer hinter der Haustür kauern schwer verletzt vor. Als er ihn in ein anderes Zimmer bringen wollte, wurde er von eindringenden Demonstranten daran gehindert, die nun ihrerseits Scherer in ein angrenzendes Zimmer brachten. Dort tauchte ein polizeibekannter Mann mit einem Jagdgewehr auf, der Scherer durch einen Schuss in den Kopf tötete. Laut Müller waren die *„(...) Leute so erregt, dass sie teilweise Schaum vor dem Mund hatten, schwitzten und mit verglasten Augen dreinstierten. Es war eine Aufregung, wie in einer kleinen Schlacht (...)“* Als Konsequenz aus diesem Vorfall wurde eine Verstärkung der Singener Polizeistation von vier auf zehn Beamte sowie die Verlegung der Sicherheitspolizei *„aus dem friedlichen Städtchen Sigmaringen“* nach Singen gefordert.²⁷

Hans-Constantin Paulssen, der mittelbar betroffen von den geschilderten Vorgängen gewesen war, beschreibt die Demonstration und die Ermordung Scherers ganz im Licht der bereits oben skizzierten negativen Bewertung der Kommunistischen Partei: *„(...) Es waren Hetzer am Werk, wahrscheinlich Maddalena und andere, die Zusammenhänge vermuteten, die nicht existierten. (...) [Sie] zwangen den wehrlosen Bürgermeister Kaufmann, an der Spitze dieser Protestdemonstration zu marschieren mit einer roten Fahne, die ihm zwangsweise in den Arm gedrückt wurde.“* Der Demonstrationszug sei dann im Villenviertel in der Nordstadt in seine Villa eingebrochen und habe sich dort mit Jagdgewehren und Munition bewaffnet, mit denen kurz darauf Major Scherer erschossen wurde. *„(...) Das hat wohl auf die Demonstranten ernüchternd gewirkt. Es waren ja nicht nur Randalierer, sondern es waren auch durchaus solide und ordentliche Arbeiter dabei, die glaubten, sie hätten zu dieser politischen Demonstration einen gerechten Grund (...)“*²⁸

²⁷ https://www.leo-bw.de/web/guest/detail/-/Detail/details/DOKUMENT/labw_findmittel/labw-572466/Heinrich+Pfund+Fabrikarbeiter+Baldingen+etal+zehn+weitere+Angeklagte+wegen+Landfriedensbruch+Unruhen+in+Singen+im+Anschl (angerufen am 14.2.2018)

²⁸ Stadtarchiv Singen, Zwischenarchiv AZ 362.315, Interview Paulssen

Die unterschiedliche Bewertung der Ermordung Scherers, die sich an der Frage festmacht, wer den ersten Schuss abgegeben hat, zeigt deutlich, wie emotional aufgeladen die gesellschaftliche Stimmung wenige Jahre nach Kriegsende war und wie negativ die Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen durch Gewerkschaft, Sozialdemokratie und Kommunisten auf Seiten der bürgerlichen Kräfte ausfiel. Obwohl Paulssen beispielsweise einzelne Sozialdemokraten wie den Gewerkschaftssekretär Wertmüller durchaus wertschätzend als „würdig und solide“ bezeichnet, so kommt er unter dem Strich doch zu dem Ergebnis, „(...) dass man Singen in der Umgebung – Stockach, Konstanz usw. – als rote Hochburg betrachtete.“²⁹

Die Staatsanwaltschaft Konstanz ermittelte im Fall der Ermordung Scherers und kam zu dem Ergebnis, dass der Major erst geschossen hatte, nachdem seine Frau durch einen Steinschlag getroffen worden war und einige Demonstranten über den Gartenzaun gestiegen waren. Die Vorgänge in Singen, die in ihrer Brutalität einzigartig in Baden waren, beschäftigten sogar den Landtag in seiner Sitzung am 17. und 18. Juli 1922. Die Singener Gesellschaft blieb von dem Vorfall nicht unberührt: Major Scherer galt als national-konservativ und Kritiker der Demokratie. Die Gegensätze zwischen bürgerlicher Mehrheit und der sozialistisch orientierten Arbeiterschaft verschärften sich in der Folge nachhaltig.³⁰

3. Relative Stabilisierung (1923 – 1929)

3.1 Die Entwicklung auf Reichs- und Landesebene

Die Besetzung des Ruhrgebietes 1922 und 1923 markiert den Übergang von der ersten Phase der Weimarer Republik in die Phase der relativen Stabilisierung und die „Goldenen Zwanziger“. In Folge eines Lieferrückstandes bei den Reparationsleistungen marschierten 60.000 französische Soldaten 1922 ins Rheinland ein. Dies löste umgehend einen Sturm der Entrüstung in Deutschland aus. Die Reichsregierung unter Wilhelm Cuno ermutigte die Bevölkerung zu passivem Widerstand, Nationalisten und Kommunisten verübten zahlreiche Sabotageanschläge. Die brutale Niederschlagung des passiven Widerstandes, durch Streiks bedingte Produktionsausfälle und die wirtschaftliche Absperrung des Ruhrgebietes als eines der großen Industriezentren Deutschlands führten zu einer galoppierenden Inflation und einer Verschärfung der Ernährungssituation. Im November 1923 erreichte die Hyperinflation mit vier Milliarden Mark für einen US-Dollar einen Höchststand. Der Reallohn sank auf einen Stand von ca. 40 Prozent seines Vorkriegsniveaus. Weite Teile der deutschen Bevölkerung

²⁹ Stadtarchiv Singen, Zwischenarchiv AZ 362.315 Interview Paulssen

³⁰ Herbert Berner, ebd.

verarmten und Erspartes verlor buchstäblich über Nacht seinen Wert. Der Tauschhandel mit Waren florierte.

Um der Inflation Herr zu werden, musste zunächst der kräftezehrende und finanziell ruinöse Ruhrkampf beendet werden. Der Rücktritt der Regierung Cuno am 12. August 1923 und die Ernennung eines neuen Kabinetts unter Gustav Stresemann nur einen Tag später machten dabei den Anfang. Die neue Regierung nahm als erste stabilisierende Maßnahme eine wertbeständige Anleihe in Höhe von 500 Millionen Goldmark auf. Notgeld in Form von Sachwert- und Warengutscheinen, beispielsweise für Zucker, Speck und Strom, wurde daraufhin deutschlandweit ausgegeben. Am 26. September 1923 verkündigte die Regierung Stresemann schließlich das offizielle Ende des Ruhrkampfes.



Notgeld der Aluminium-Walzwerke Singen in Höhe von 5 Milliarden Mark
(Stadtarchiv Singen, 760 Notgeldsammlung)

Zur Bekämpfung der Inflation wurde im Oktober 1923 die Deutsche Rentenbank errichtet. Mit der Währungsreform vom 15. November 1923 trat eine neue Währungsordnung in Kraft, welche die Inflation schlagartig beendete. Die Deutsche Rentenbank hatte hierfür ein Grundkapital von 3,2 Milliarden Rentenmark - dies entsprach 3,2 Milliarden Goldmark - durch

Aufnahme einer Grundschuld von Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe erhalten. Der Kurs für einen Dollar wurde auf 4,2 Billionen Papiermark festgesetzt.³¹

Wollten die Kommunen eigenes Notgeld drucken und ausgeben, so mussten sie bei der Reichskreditgesellschaft in Berlin ein Guthaben in Höhe des jeweils auszugebenden Notgeldes deponieren. In Singen wurden hierfür auch die großen Industriebetriebe herangezogen. So leistete beispielsweise die AG der Eisen- und Stahlwerke eine Einlage von 6.750.000 Rentenmark und die Maggi GmbH eine Einlage von 4.500.000 Rentenmark. Der Stadtgemeinde Singen wurde daraufhin im Oktober 1923 die Ausgabe von insgesamt 50 Billionen Reichsmark Notgeld bewilligt.

Die kurzfristige wirtschaftliche Erholung durch Auflage der Rentenmark lässt sich auch in Baden beobachten. Durch seine Grenzlage und die fortdauernde französische Besatzung eines Grenzstreifens zur Sicherung des Elsasses hatte Baden zwar schwere wirtschaftliche und finanzielle Einbußen erlitten, doch bot die grenznahe Lage auch Vorteile: Sie ermöglichte den zollfreien Warenverkehr mit Frankreich und trug damit zu einem relativen wirtschaftlichen Aufschwung bei. In Baden bildete sich eine Regierung aus SPD und Zentrum, die während der ganzen Dauer der Weimarer Republik trotz der vielfältigen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten weitestgehend handlungsfähig blieb.³²

3.2 Außenpolitischer Durchbruch: Aufhebung der Isolation durch den Locarno-Vertrag und Neuausrichtung der alliierten Reparationspolitik

Außenpolitisch konnte die Weimarer Republik mit dem Vertrag von Locarno ihre Isolierung in Europa durchbrechen. Auf der Konferenz von Locarno im Oktober 1925 wurden europäische Sicherheitsfragen geregelt: Der Rheinpakt zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland legte den Verzicht auf die gewaltsame Änderung der gemeinsamen Grenzen fest, Deutschland bekannte sich zudem zu der im Versailler Vertrag festgelegten Westgrenze. Dieser Garantievertrag wurde ergänzt durch zwei Schiedsverträge Deutschlands mit Frankreich und Belgien auf der einen sowie Polen und der Tschechoslowakei auf der anderen Seite. In ihnen wurde die Anrufung eines internationalen Schiedsgerichtes bei Streitfragen verbindlich festgelegt. Eine Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze durch die Weimarer Regierung fand dagegen nicht statt.

³¹ Michael Stürmer, ebd..

³² <http://www.landeskunde-baden-wuerttemberg.de/lgweimarerrepublik.html> (abgerufen am 14.2.2018)

In Folge der Locarno-Verträge trat Deutschland am 10. September 1926 dem Völkerbund bei. Diese zwischenstaatliche Organisation verfolgte das Ziel, den Frieden durch schiedsgerichtliche Beilegung internationaler Konflikte, internationale Abrüstung und ein System der kollektiven Sicherheit dauerhaft zu gewährleisten. Diesen Willen zu dauerhaftem Frieden bekräftigte auch der Briand-Kellogg-Pakt vom 27. August 1928, mit dem die 15 unterzeichnenden Staaten – darunter auch das Deutsche Reich - den Krieg völkerrechtlich ächteten. Der deutsche Außenminister Gustav Stresemann und der französische Außenminister Aristide Briand erhielten 1926 den Friedensnobelpreis für Ihre Bemühungen um die europäische Versöhnung.

Gustav Stresemann stellte sich jedoch nicht hundertprozentig hinter eine Einbindung Deutschlands in das westliche Welthandels- und Weltwährungssystem, da er der deutschen Industrie den Weg zu den russischen Märkten offenhalten wollte. Am 24. April 1926 schlossen Deutschland und die Sowjetunion den sogenannten Deutsch-Sowjetischen Freundschaftsvertrag auf fünf Jahre. Neben handelspolitischen Vereinbarungen wurde eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Roter Armee und Reichswehr beschlossen. Das Deutsche Reich sicherte zudem seine Neutralität im Fall eines Kriegs zwischen der Sowjetunion und einer dritten Macht zu. Die Vertragspolitik Gustav Stresemanns kann somit als eine modernisierte Form der Bismarck'schen Bündnispolitik von Gleichgewicht und Rückversicherung gewertet werden.

Angesichts der katastrophalen Auswirkungen der Inflation im Deutschen Reich änderten die Alliierten ihre Politik bei den Reparationsforderungen und verfolgten ab 1924 den sogenannten Dawes-Plan, der eine Anleihe in Höhe von 800 Millionen Goldmark zur Stabilisierung der deutschen Währung vorsah. Damit wurden die Reparationszahlungen der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft angepasst: Deutschland konnte nur ein Stabilitätsfaktor auf dem europäischen Kontinent sein, wenn es nicht an überzogenen Reparationsforderungen und innenpolitischen Unruhen „zerbrach“. Die rechtsgerichteten Kräfte von Weimar werteten den Dawes-Plan zwar als „Zweites Versailles“, dennoch ermöglichten die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei mit ihren Stimmen dessen Annahme im Reichstag. Im Oktober 1924 führte die Reichsbank, die nun wieder die Funktion einer von der Regierung unabhängigen Notenbank einnahm, die Reichsmark ein.

Jedoch erwiesen sich die im Dawes-Plan festgelegten Reparationsleistungen bereits nach wenigen Jahren als immer noch zu hoch. Im Young-Plan vom Juni 1929 wurde daher die zu leistende Reparationssumme erneut gesenkt, diesmal auf 112 Milliarden Reichsmark. Als wesentlicher Erfolg konnte verbucht werden, dass die Reichsbank fortan nicht mehr unter internationaler Kontrolle stand und Deutschland somit seine Souveränität zurückerhielt. Das

Abkommen stieß innenpolitisch jedoch auf Widerstand bei der Rechten: DNVP, NSDAP und Stahlhelm initiierten im Dezember 1929 einen Volksentscheid gegen den Young-Plan, der jedoch an der mangelnden Beteiligung mit nur 13,8 Prozent der Stimmberechtigten scheiterte.³³

3.3 Die innenpolitische Entwicklung: Putschversuche und „Goldene Zwanziger“

Innenpolitisch brachten die Jahre 1923 und 1924 neben der finanziellen und daraus abgeleiteten sozialen Instabilität auch eine Reihe von politischen Putschversuchen mit sich: separatistische Unruhen im Rheinland und die Verhängung des Ausnahmezustandes in Bayern als Reaktion auf die Beendigung des passiven Widerstands im Ruhrgebiet sowie auf der rechten Seite der Versuch, in Bayern eine Rechtsrepublik in Folge des Hitler-Putsches vom 9. November 1923 zu etablieren. Dies bewog Reichspräsident Friedrich Ebert dazu, im Herbst 1923 den Ausnahmezustand über das Deutsche Reich zu verhängen – ein Mittel der „wehrhaften Demokratie“, um die „Staatskrise“ zu beenden.

Auf der linken Seite versuchte die KPD in Thüringen und Sachsen, diese Staatskrise zu einem bewaffneten Umsturz zu nutzen. Sie ging in beiden Ländern im Herbst 1923 mit der SPD unter der Parole der „Einheitsfront“ Regierungsbündnisse ein. Die Aufstellung von paramilitärischen Kampfverbänden und die Weigerung der sächsischen Landesregierung, diese aufzulösen, führten zur Reichsexekution³⁴ der beiden Länder. Der Einmarsch der Reichswehr am 23. Oktober 1923 sowie die mangelnde „Kampfbereitschaft“ der Arbeiter führten zum Zusammenbruch des Aufstandes.

Im Mai 1924 wurde ein neuer Reichstag gewählt, in dem die gemäßigten bürgerlichen Kräfte und die SPD geschwächt und die republikfeindlichen Rechten sowie die KPD gestärkt wurden. Es begann eine kurze Phase der Konsolidierung bis 1929, die sich beispielsweise durch ein Aufblühen des kulturellen Lebens in Berlin zeigte – Berlin wurde „Weltstadt“. Theater, Film und Kabarett genossen einen großen Stellenwert in der Gesellschaft. Das Bemühen um eine Darstellung der sachlichen und ökonomischen Wirklichkeit äußerte sich in der Kunst in der „Neuen Sachlichkeit“. Otto Dix repräsentierte dabei eine linke Strömung dieser Kunstrichtung,

³³ Michael Stürmer, ebd.

³⁴ Unter „Reichsexekution“ versteht man die Ausübung von Zwang gegen einen Gliedstaat, der seinen Reichspflichten nicht nachkommt. In der Weimarer Republik wurde diese Maßnahme mit dem Ziel der Durchsetzung der staatlichen Einheit mehrfach eingesetzt. Geregelt war die Reichsexekution in Artikel 48 Abs. 1 der Weimarer Verfassung (Haber Kern/Wallach, *Hilfswörterbuch für Historiker*, 9. Auflage Stuttgart 2001)

die mit ihrer Darstellung scharfe Kritik an den sozialen Auswirkungen der „Goldenen Zwanziger“ übte. In der Architektur führte der Bauhaus-Stil Kunst und Handwerk zusammen und versuchte damit, gesellschaftliche Unterschiede zu überbrücken. Das Bruttosozialprodukt erreichte Mitte der 1920er Jahre bereits wieder den Stand von 1913.³⁵

In Baden war die zweite Phase der Weimarer Republik besonders durch größere Investitionen aus dem Ausland und durch die Entwicklungen in der Elektrizitätswirtschaft geprägt. In kommunaler Trägerschaft wurden zahlreiche kleine Elektrizitätswerke vor Ort gegründet, so dass die Stromversorgung in den 1920er Jahren fast flächendeckend in Baden gegeben war. Straßenlaternen und Radioapparate hielten Einzug in den Alltag der Bevölkerung, die Mechanisierung von Handwerk und Landwirtschaft wurde vorangetrieben und die Betriebe konnten durch die Stromversorgung erstmals auch in Nachtschicht arbeiten. Ganz allgemein setzte ein zunehmender Verstädterungsprozess ein, was sich in steigenden Einwohnerzahlen und auch in der zunehmenden innerstädtischen Mobilität durch Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ausdrückte. Diese Prozesse halfen, die Folgen der Weltwirtschaftskrise zu überwinden und eine kurze Phase der wirtschaftlichen Erholung auch in Baden einzuleiten.³⁶

3.4 Umgang mit der Inflation: Die Diskussion um die Einrichtung einer Reichsbanknebenstelle in Singen

Am Beispiel der Überlegungen zur Einrichtung einer Reichsbanknebenstelle in Singen lässt sich der Verstädterungsprozess auf für den ländlichen Raum aufzeigen: Für die erfolgreiche Ansiedlung hatte sich eine Koalition aus Industrie, Handel und Gewerbe gebildet, die vom Gemeinderat unterstützt wurde. Allerdings wurde der erste Versuch im Jahr 1923 abgelehnt, da in Folge des Umzugs des Finanzamtes von Radolfzell nach Singen keine geeigneten Büroräume und keine Beamtenwohnung zur Verfügung gestellt werden konnten. Die Nebenstelle wurde daraufhin in Radolfzell eingerichtet. Im März 1928 unternahm der Gewerbeverein Singen-Hohentwiel einen erneuten Versuch mit der Begründung, „(...) dass Singen heute schon mit seinen 15000 Einwohnern als die wirtschaftliche Zentrale des Hegau- und Seekreises anzusprechen ist (...).“ Auch sei das hiesige Handwerk bereit, geeignete Räume in unmittelbarer Nähe der Bezirkssparkasse zur Verfügung zu stellen.

Die Petition vermittelt auch einen Eindruck der allgemeinen Entwicklung Singens in den 1920er Jahren: „(...) Es sei nur an die, man kann wohl sagen in amerikanischem Tempo vor sich gegangene Vergrößerung der Stadt erinnert, die für sämtliche Bauhandwerker neben

³⁵ Michael Stürmer, ebd.

³⁶ Wolfgang Hug, ebd.

reicher Beschäftigung vor allem auch einen regen Bankverkehr mit sich brachte. (...) An öffentlichen Gebäuden kamen neu zur Ausführung: 1925 ein modernes, großes Gaswerk und die große Scheffelhalle, 1926 der große Güterbahnhof (... und) 1928 Amtsgericht, neues Volksschulgebäude, neue Kirche, Finanzamt und verschiedene Fabrik-Neu- und -Umbauten (...).“ Die Verhandlungen um eine Niederlassung der Reichsbank zogen sich schließlich noch bis ins Jahr 1940 hin.³⁷

3.5 Spaltung der Singener Arbeiterschaft und die Problematik des „Arbeitslosen-Heeres“

In Singen ist die zweite Phase der Weimarer Republik besonders durch zwei Faktoren geprägt: Die Spaltung der Arbeiterschaft bzw. die Entfremdung der beiden Parteien SPD und KPD auf der einen sowie die zunehmende Zahl an Arbeitslosen in Folge der Inflation auf der anderen Seite. Wobei die Ursachen für die zunehmende Arbeitslosigkeit nicht nur in den Währungskrisen zu suchen ist, sondern auch in der Tatsache, dass ein Umstieg von der Kriegswirtschaft auf eine Friedensproduktion nur allmählich gelang und dass in vielen Bereichen Frauen die Arbeitsplätze von Männern übernommen hatten und somit zahlreiche Arbeitsplätze belegten.

In der Pfarrchronik von Herz-Jesu charakterisiert Pfarrer Georg Kaiser diese Phase wie folgt: *„(...) Auch nachdem wieder 1924 geordnete Verhältnisse eingetreten waren, blieb Singen politisch ein sehr heisses Pflaster, umkämpft von Kommunisten und Sozialdemokraten, aufgepeitscht durch die gehässigen Artikel aus der Feder des Redakteurs Porzig im damaligen ‚Volkswillen‘ (...).“³⁸*

³⁷ Stadtarchiv Singen, 10 Gemeindearchiv Singen, V 1/23

³⁸ Georg Kaiser / Rolf Nestlen, ebd.



Eine zeitgenössische Skizze veranschaulicht die Folgen der Massenverletzung (Beiblatt zum Aufruf der KPD zu einer Demonstration am 7. September 1924 / Stadtarchiv Singen, 730 Plakatsammlung)

Um die hier so prägnant formulierte Entwicklung zu verstehen, soll noch einmal auf die Geschehnisse rund um die Ermordung Major Scherers im Jahr 1922 zurückgegriffen werden. Weit wichtiger als das Ereignis selbst scheint die Wirkung zu sein, welche die widersprüchliche Berichterstattung in der Presse über den Tathergang entfaltete: Sie reichte von der Stilisierung des Vorgangs als *"Spiegelbild des Klassenkampfes zwischen Bürgertum und Kanaille Volk"* bis zur Wertung der Geschehnisse als *"Gefahr für den Bestand der Republik"*. In einem zeitgenössischen Flugblatt wird dies wie folgt beschrieben: *„(...) In den öffentlichen Lokalen schimpft das Bürgertum, was das Zeug hält, auf die Arbeiterbewegung. Man sucht Pogromstimmung gegen die Arbeiterschaft zu erzeugen und zweifelsohne wären auch schon Taten gegen die Arbeiterschaft zu verzeichnen, wenn man nicht deren starken Fäuste fürchten würde (...).“*³⁹

³⁹ Stadtarchiv Singen, 10 Gemeindearchiv Singen, XI 2/23

Die "starken Fäuste" symbolisieren dabei recht treffend den trennenden Graben, der sich durch die Singener Gesellschaft zog und der dazu führte, dass mit der Kommunalwahl von 1922 eine Koalition aus Zentrum und Wirtschaftlicher Vereinigung unter Ausschluss der SPD zu Stande kam. Die Wirtschaftlichen Vereinigung war eine Gruppierung des bürgerlichen Lagers, die einen entschiedenen Sparkurs im Bereich der Sozialausgaben propagierte. 1923 wurde mit dem Maggi-Direktor Edmund Kaufmann ein „Wirtschaftsmann“ zum neuen Bürgermeister gewählt. Seit 1904 regierte damit in Singen erstmals kein liberaler Bürgermeister mehr.⁴⁰



Edmund Kaufmann, Bürgermeister von Singen 1923 – 1933 (Stadtarchiv Singen, 700 Fotosammlung)

⁴⁰ Frei, Alfred G. (Hrsg.), Habermus und Suppenwürze. Singens Weg vom Bauerndorf zur Industriestadt, Konstanz 1987, S. 42 ff.

Die Strategie der durch die beiden Wahlen neu ausgerichteten Singener Kommunalpolitik war von einigen Faktoren geprägt, die sich nachteilig auf die soziale Lage der Arbeiter in der Stadt auswirkten: Zum einen sollte der städtische Haushalt durch eine möglichst restriktive Ausgabenpolitik saniert werden, die sich besonders in der Erwerbslosenfürsorge niederschlug. Zum anderen sollte ein zentraler Kultur-Treffpunkt für die Arbeiter innerhalb der Stadt verhindert werden, was sich beispielsweise an dem gescheiterten Verkauf der Gambrinushalle an die Gewerkschaften im Frühjahr 1923 zeigte.

Die von den Vertretern der bürgerlichen Parteien verfolgte Kommunalpolitik blieb an Vorstellungen aus dem Kaiserreich verhaftet, wonach sich die Stadtverwaltung wirtschaftlich nicht involvieren und in sozialen Fragen zurückzuhalten habe. Beispiel hierfür ist die Absicht, die steuerliche Belastung der Industrie so gering wie möglich zu halten. Die Mitte-Rechts-Koalition lehnte während ihres Bestehens damit konsequent eine notwendige Modernisierungspolitik ab. Im Gegensatz dazu waren die Sozialdemokraten bestrebt, ein Konzept produktiver kommunaler Investitionen umzusetzen, wobei eine leistungsorientierte Stadtverwaltung durch ihr Handeln die Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur vorantreiben und planen sollte.⁴¹ Ein durchaus moderner Ansatz, den als „nachhaltig“ bezeichnet werden könnte.

Als Beispiel hierfür können die Planungen für den Neubau des Krankenhauses dienen: Die Sozialdemokraten stellten sich bei diesem Projekt und bei der Ansiedlung eines Amtsgerichtes hinter Bürgermeister Kaufmann. Gerade das Amtsgericht galt als ein Exekutivorgan, das den demokratischen Verfassungsstaat stärken sollte. Die Mehrheit des Gemeinderates wollte jedoch eine für die Finanzierung des Krankenhausprojektes notwendige Besteuerung der Unternehmen niedrig halten, weshalb der Krankenhausbau 1928 finanziell mit 2,75 Millionen Reichsmark zum Debakel wurde.

⁴¹ Gerd Zang, ebd.



Luftaufnahme der Stadt Singen mit dem neu erbauten Krankenhaus
(Stadtarchiv Singen, 700 Fotosammlung)

Auch in Singen lässt sich nach 1923 eine Konsolidierungsphase in Form der „Goldenen Zwanziger“ beobachten: So öffnete beispielsweise im kulturellen Bereich 1919 ein zweites Kino, die Hohentwiel-Lichtspiele im Haus Hohgarten 5, neben dem Lichtspieltheater Emil Heim seine Türen.

Alfred G. Frei konstatiert in seiner Veröffentlichung „Habermus und Suppenwürze“ dagegen einen kulturellen Stillstand in Singen in den 1920er und 1930er Jahren, der sich beispielsweise in dem Fortbestehen eines getrennten Badebereiches für Männer und Frauen im Aachbad zeigte.⁴² Diesen Widerspruch gilt es in einer vertieften Darstellung zu untersuchen.

Auch der Ausbau eines öffentlichen Fernsprechnetzes in Singen fällt in diese Phase der Konsolidierung der Weimarer Republik. Bestand bereits seit einigen Jahren ein funktionierendes Ortsnetz, so forderte das Bürgermeisteramt Singen im Herbst 1924 in einem Schreiben an die Oberpostdirektion in Karlsruhe „(...) in Singen durchgehenden Nachtbetrieb im Fernsprechverkehr einzuführen, [da] bekanntlich die Zahl der hiesigen Ortsanschlüsse im Laufe der Zeit ganz erheblich [sich] gemehrt [habe].“

Hans-Constantin Paulssen stellt Kaufmann insgesamt ein gutes Zeugnis aus und beurteilt die Phase der Konsolidierung in Singen folgendermaßen: „(...) Nachdem der

⁴² Alfred G. Frei, ebd.

Währungszusammenbruch vorüber war, konnte man mit neuem harten Geld zum Wiederaufbau kommen, und dieser Wiederaufbau war bei den Fabriken wie auch in der Stadt fühlbar. Kaufmann hat die nunmehr wiedergewonnene wirtschaftliche Sicherheit (...) benutzt, um wichtiges für die Stadt – z.B. das Krankenhaus – zu schaffen, ohne der Stadt und uns zu schwere Lasten aufzuerlegen.(...)“⁴³

Auch in städtebaulicher Hinsicht wirkte man von staatlicher bzw. kommunaler Seite mit der Gründung von Baugenossenschaften der zunehmenden Wohnungsnot und Mietpreisinflation in Folge der Wirtschaftskrisen entgegen. Es entstanden moderne, zweckmäßige Siedlungen. Auch die Tätigkeit der 1911 gegründeten „Baugenossenschaft GmbH Singen“ ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Sie wurde finanziell von den Firmen Maggi und Georg Fischer unterstützt, da hauptsächlich Wohnungen für deren Arbeitnehmer in der Südstadt gebaut werden sollten. 1920 wurden in der Südstadt 18 weitere Reihenhäuser zu den bereits Bestehenden gebaut.



Die Werkskantinen, wie hier bei der Firma Georg Fischer, gehörten neben den Werkswohnungen zu den sozialen Angeboten der Unternehmen in der Weimarer Republik
(Stadtarchiv Singen, 700 Fotosammlung)

⁴³ Stadtarchiv Singen, Zwischenarchiv AZ 362.315 Interview Paulssen

Im Freizeitbereich nahm neben der Etablierung von Kinos die Förderung des Sports eine zentrale Stellung ein, da man darin einen Ersatz für den nicht mehr vorhandenen Militärdienst sah und sich einen positiven Einfluss auf die Jugend erhoffte. Die organisierte Jugendbewegung nahm in der ersten Phase der Weimarer Republik ihren Anfang. Auch die Gründung der Naturfreunde und des Schwarzwaldvereins fallen in diese Zeit.⁴⁴



Pfadfindergruppe in der Weimarer Republik (Stadtarchiv Singen, 700 Fotosammlung)

Der Schwarzwälder Bote kommt in seiner Ausgabe vom 4. Februar 1925 in einer Einschätzung der Auswirkungen des Ersten Weltkrieges auf die Entwicklung der Stadt Singen zu folgendem Ergebnis: *„Durch den unglücklichen Krieg trat in der Entwicklung der Stadt eine Stockung ein, die aber heute durch die neueinsetzende lebhaftige Bautätigkeit vollständig überwunden zu sein scheint. Für die Stadtverwaltung war es nicht leicht, dieser raschen Entwicklung in allen kommunalen Einrichtungen Rechnung zu tragen. Kanalisation, Kläranlagen, Wasserleitung (...) und elektrische Kabel durchziehen heute alle Straßen der Stadt. Auch die kulturellen Einrichtungen sind auf der Höhe: (...) Alljährlich finden die weithin bekannten Hohentwiel-Festspiele statt.“*⁴⁵

⁴⁴ Wolfgang Hug, ebd.

⁴⁵ Stadtarchiv Singen, 10 Gemeindearchiv Singen, XI 2/20



Aufführung des „Hamlet“ bei den Hohentwiel festspielen 1926
(Stadtarchiv Singen, 700 Fotosammlung)

3.5.1 Die „starken Fäuste“: SPD und KPD gehen getrennte Wege

Das Bild der "starken Fäuste" aus dem bereits erwähnten Flugblatt symbolisiert nicht nur den Graben innerhalb der Singener Gesellschaft, sondern auch speziell den Graben innerhalb des „linken Lagers“. Zum Ausdruck kam dies in der schrittweisen Eroberung des "öffentlichen Raums" durch die KPD. Den Sozialdemokraten stand mit zahlreichen Arbeitersport- und Kulturvereinen und der eigenen Zeitung „Der Volkswille" gleichsam eine institutionalisierte Öffentlichkeit zur Verfügung. Beispielsweise lag die Zahl der in einem SPD-nahen Sportverein organisierten Arbeiter 1921 bei 849 – bei einer Einwohnerzahl von rund 11.000 immerhin knapp 8 Prozent der Singener Bevölkerung. Dies spricht für den hohen Organisationsgrad, den die Sozialdemokraten in der Weimarer Republik erreicht hatten.

Über eine derart festgefügte, organisierte Plattform verfügten die Kommunisten dagegen nicht. Sie mussten sich ihre Wirkung nach außen besonders durch zwei Instrumente schaffen: Demonstrationen und die Verteilung von Flugblättern und Plakaten. Dabei griff man auf bereits bewährtes „Inventar" zurück, ohne neue Formen der politischen Agitation zu entwickeln. Ein Großereignis war das Treffen der Kommunistischen Jugend Oberbadens am 19. und 20 Juli 1924 in Singen mit einer Wanderung auf den Hohentwiel als Höhepunkt. Die Veranstaltung

wurde allerdings von Bezirksamt Konstanz auf der Grundlage der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 verboten, da es sich um eine Versammlung unter freiem Himmel handelte. Die Kommunisten verlegten sie daraufhin in den Garten der "Alten Post", doch auch dieser eher private Raum an der frischen Luft wurde vom Bezirksamt nicht als Veranstaltungsort akzeptiert. So musste das Treffen schlussendlich im Saal des Burghofs stattfinden - eine öffentliche Bühne war den Kommunisten damit erfolgreich entzogen worden.⁴⁶



Aufruf der kommunistischen Jugend zum 10. Internationalen Jugendtag 1924
(Stadtarchiv Singen, 730 Plakatsammlung)

Die Anziehungskraft der Kommunisten besonders auf jugendliche Arbeiter kommt treffend in einem Plakat zum Ausdruck, das in Folge des geschilderten Treffens in Singen aufgehängt wurde: „Schwarz-weiß-rot: 4 Jahre Weltkrieg (gemeint sind die Farben des Deutschen Kaiserreichs) / Schwarz-rot-gold: 6 Jahre Ebert-Noske-Stinnes (gemeint sind die Farben des Deutschen Reichs sowie Gustav Noske als Vertreter der SPD und Hugo Stinnes als Vertreter der Industrie) / Rot: Die Befreiung des Proletariats und die Weltrevolution.“⁴⁷

Die deutliche Polarisierung und letztendlich auch Schwarz-Weiß-Malerei zwischen den „Verteidigern der Republik“ - worunter auch bewusst die Sozialdemokratie gefasst wurde - und den „Verteidigern der Menschenrechte für alle“ versprach den Jugendlichen einen gewissen Aktionismus und somit eine „abenteuerliche“ Zeit. Im Endeffekt schlug sich die verstärkte Präsenz der KPD im öffentlichen Raum tatsächlich auch in Stimmengewinnen bei den

⁴⁶ Gerd Zang, ebd.

⁴⁷ Stadtarchiv Singen, 10 Gemeindearchiv Singen, XI 2/16

Kommunalwahlen nieder. Dies mag nicht nur an der höheren Wahlbeteiligung, sondern auch an einer gelungenen Mobilisierung von Neu- und Nichtwählern gelegen haben.⁴⁸

3.5.2 Einrichtung von Erwerbslosenfürsorge, Arbeitslosenversicherung und -vermittlung

Die wachsende Zahl an Arbeitslosen stellt den zweiten prägenden Faktor in der Singener Geschichte der 1920er Jahre dar. Reichsweit waren in Folge der Inflation große Teile des deutschen Mittelstandes ruiniert, für einen Großteil der Mittelschicht gab es keine Altersvorsorge und jeder zehnte Arbeiter bzw. Angestellte war arbeitslos oder auf Kurzarbeit gesetzt. 1927 wurden daher unter der Mitte-Rechts-Regierung des Reichskanzlers Dr. Hans Luther als Regulierungsinstrumente des Wohlfahrtsstaates Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung eingeführt.

Auch in Singen stieg die Zahl der Arbeitslosen in Folge der Inflation nach dem Krieg kontinuierlich an. Auf Grund der schwachen Konjunktur im Baugewerbe musste beispielsweise die Firma Georg Fischer 1923 die Arbeitszeit auf 24 Stunden begrenzen und entließ zahlreiche Arbeitnehmer. Darunter befanden sich in der Mehrheit solche, die an Streiks und Arbeitsniederlegungen teilgenommen hatten bzw. als Mitglieder und Anhänger der KPD und SPD bekannt waren. Das Unternehmen war auf Grund seiner abseitigen geographischen Lage und der damit verbundenen langen Transportwege für Rohstoffe und Fertigprodukte gezwungen, fortlaufend in technische Neuerungen zu investieren, um konkurrenzfähig bleiben zu können. Diese technischen Neuerungen bedingten auch eine Spezialisierung der eingesetzten Fachkräfte – eine Beobachtung, die sich bei der Mitgliederzusammensetzung der Singener Sozialdemokraten und Gewerkschaften ebenfalls treffen lässt.⁴⁹

Zur Erfassung und Vermittlung der Arbeitslosen wurde ein Arbeitsamt eingerichtet, dem mit dem „Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ von 1927 ein Instrumentarium zur Auszahlung von Unterstützungsbeträgen in die Hand gegeben wurde. Doch bereits schon kurz nach Kriegsende hatte man auf lokaler Ebene versucht, Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen existenziellen Notlage der Arbeitslosen zu ergreifen. Mit der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 13. November 1918 verpflichtete der Rat der Volksbeauftragten die Gemeinden im Deutschen

⁴⁸ Gerd Zang, ebd.

⁴⁹ ebd.

Reich, eine eigenständige Fürsorge für Erwerbslose einzurichten, die nicht unter die Armenpflege fallen durfte.

Die Abgrenzung dieser beiden Bereiche kann am ehesten darüber erfolgen, dass die Erwerbslosenfürsorge von Anfang an temporär angelegt war und eine Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme aktiv einforderte. Die Fürsorge sollte daher nur arbeitsfähigen und arbeitswilligen Personen über 14 Jahren gewährt werden, die sich infolge des Krieges durch Erwerbslosigkeit in einer bedürftigen Lage befanden. Frauen durften im Übrigen nur unterstützt werden, wenn sie auf eine Erwerbstätigkeit finanzielle angewiesen waren – sie wurden damit noch nicht als gleichberechtigte, sondern gleichsam als „zweitrangige“ Arbeitnehmerinnen gesehen. In jeder Gemeinde, die eine Fürsorgestelle einrichtete, war auch ein Fürsorgeausschuss zu etablieren, der aus dem Leiter der Ortsstelle und aus Mitgliedern bestand, die vom Gemeinderat benannt wurden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer waren in diesem Gremium zu gleichen Anteilen vertreten. In Singen war beispielsweise das SPD-Mitglied Georg Reinbold 2. Vorsitzender dieses Ausschusses.

Am 3. Dezember 1918 fand im Rathaus Singen eine Besprechung mit Bürgermeistern aus den umliegenden Gemeinden statt, bei der nicht nur die Arbeitgeber in Person des Maggi-Direktors Dr. Brüggemann oder Direktor Weise von der Firma Schiesser, sondern auch Vertreter der Gewerkschaften anwesend waren. Bürgermeister Thorbecke äußerte in dieser Runde die Befürchtung, dass *„(...Singen) unter der Arbeitslosigkeit wohl am meisten zu leiden haben [wird], da es viel Industrie hat, die infolge Rohmaterialmangels in absehbarer Zeit einen Teil ihrer Arbeiter entlassen muss (...).“* Daher sahen die Planungen vor, in Singen eine eigene Einrichtung für die Erwerbslosenfürsorge zu schaffen, entgegen der Bestrebungen zur Zentralisierung der Erwerbslosenfürsorge im gesamten Kreis Konstanz. Die zu zahlenden Sätze sollten den ortsüblichen Löhnen angepasst und die Organisation der Unterstützungszahlungen dabei einfach gehalten werden: Jeder Unterstützungsempfänger hatte sich täglich auf der Ortsstelle zu melden und bekam dafür eine Karte ausgestellt, die auch als Auszahlungs-Nachweise für die Gemeindekasse galt.



Bürgermeister Paul Thorbecke (Stadtarchiv Singen, 700 Fotosammlung)

Letztendlich wurde für die Gemeinden Singen, Arlen, Büsingen, Bietingen, Gailingen, Gottmadingen, Randegg, Rielasingen und Worblingen durch einen Gemeinderatsbeschluss vom Dezember 1918 eine gemeinsame Erwerbslosenfürsorge mit Sitz beim Singener Arbeitsamt eingerichtet. Die Modalitäten für die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung waren klar geregelt und charakterisierten die notwendige Voraussetzung der oben erwähnten „Arbeitswilligkeit“ wie folgt: *„(...) Erwerbslose sind verpflichtet, jede nachgewiesene geeignete Arbeit auch außerhalb des Berufes und Wohnortes (...) sowie zu gekürzter Arbeitszeit anzunehmen, sofern für die nachgewiesene Arbeit angemessener ortsüblicher Lohn geboten wird, (...) die Unterbringung sittlich bedenkenfrei ist und bei Verheirateten die Versorgung der Familie nicht unmöglich wird (...).“* Die Erwerbslosenfürsorge wurde pro Tag ausgezahlt, hierbei gab es Staffelungen nach Alter und Geschlecht: wurde einem 20 Jahre alten männlichen Erwerbslosen ein Tagegeld in Höhe von 4 Mark und 20 Pfennig ausbezahlt, so erhielt eine gleichaltrige weibliche Erwerbslose lediglich 3 Mark.

Auch Krankenkassenbeiträge wurden von der Erwerbslosenfürsorge übernommen. Dieses soziale Sicherungssystem war in Deutschland bereits 1883 unter Reichskanzler Otto von Bismarck eingeführt worden, zunächst jedoch nur verpflichtend für Arbeitnehmer mit einem Jahreseinkommen von unter 2000 Mark und niedrige Regierungsangestellte.

Die Erwerbslosenfürsorge war vorrangig auf die Vermittlung von Beschäftigung ausgerichtet, wobei Kriegsteilnehmern eine Sonderstellung eingeräumt wurde: *„(...) Erwerbslose, die Erwerbslosenunterstützung beziehen, sind bei der Arbeits- und Stellenvermittlung (...) in erster Reihe zu berücksichtigen. (...) Innerhalb dieser Gruppe werden Kriegsteilnehmer (besonders Kriegsbeschädigte) und Kriegerwitwen vor anderen Erwerbslosen bevorzugt.“* Somit diente auch die Erwerbslosenfürsorge letztendlich der Integration der zahlreichen heimkehrenden Soldaten in die Nachkriegsgesellschaft und die junge Demokratie.

Wie drängend die Bewältigung des ständig wachsenden „Heeres“ an Arbeitslosen – wobei dieser zeitgenössische Begriff bereits treffend die Problematik beschreibt – für die junge Republik war, beschreibt eine Pressemitteilung zur Erwerbslosenfürsorge vom Dezember 1918: *„(...) Unter den schweren Nöten der Augenblicke – gemeint sind hier u.a. die Folgen des Versailler Vertrages und die problematische Versorgungslage – brennt uns vor allem die (...) Frage auf den Lippen, wie das große Heer der Arbeitslosen ungesäumt nutzbringend und einkömmlich zu beschäftigen ist. Wer an der Entwirrung dieser ebenso schweren als hochbedeutsamen Aufgabe klug und tatkräftig mitarbeitet, der leistet dem Vaterlande (...) den denkbar besten Dienst, denn er hofft Sicherheit, Ordnung und Wohlstand allmählich heben und das Schreckgespenst der Hungersnot bannen (...)“*

Tatsächlich musste in Singen, wie von Thorbecke befürchtet, beispielsweise die Firma Georg Fischer in Folge mangelnder Kohlenbelieferung zunächst ab Anfang Dezember 1919 den Betrieb der Werke auf die halbe Arbeitszeit einschränken und ab Februar 1920 sogar vorübergehend ganz einstellen. Dadurch wurden auf einen Schlag 1.200 Arbeiter arbeitslos. Der Betrieb wurde nach einer vierwöchigen Unterbrechung am 1. März 1920 wiederaufgenommen. Die drei großen Industriebetriebe in Singen hatten besonders unter dem Rohstoffmangel zu leiden und mussten regelmäßig Arbeiter entlassen. Daher lagen die städtischen Unterstützungsleistungen deutlich über dem Reichsdurchschnitt.

Ein neuartiges Mittel der Arbeitsmarktregulierung waren die sogenannten „Notstandsarbeiten“, die von den Kommunen vergeben und vom Staat finanziell gefördert wurden. Sie sollten Erwerbslosen, die vorübergehend nicht in ein ihrer Ausbildung entsprechendes

Beschäftigungsverhältnisse vermittelt werden konnten, die Möglichkeit eines Notverdienstes bieten. Die Tieferlegung des Eisweihers war eine dieser Notstandsarbeiten.⁵⁰



Der Brückenbau über die Aach war eine frühe Notstandsarbeit im Jahr 1915
(Stadtarchiv Singen, 700 Fotosammlung)

Um besonders auch die Jugendlichen weiterhin sinnvoll zu beschäftigen, wurde vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold⁵¹ ein Arbeitsdienst eingerichtet: „(...) *Dieser Arbeitsdienst baute den Sportplatz ‚Schnaidholz‘ aus, u.a. auch eine Kleinkaliber-Schießanlage. Arbeitslose Jugendliche arbeiteten 48 Stunden in der Woche, sie erhielten 50 Pfennig pro Tag und morgens und abends ein Vesper. Zu Beginn des Jahres 1933 wurde dieser Arbeitsdienst eingestellt, ohne dass die Anlage ganz fertig war (...).*“⁵²

Die genannten Maßnahmen reichten in der Regel jedoch nicht aus, die wirtschaftliche Not in Folge der Inflation der deutschen Mark zu lindern. Neben eine einmalige Abgabe von einem Pfund Fleisch an verheiratete Erwerbslose trat in den 1920er Jahren die Verpflegung in den

⁵⁰ Stadtarchiv Singen, 10 Gemeindearchiv Singen, XX 71

⁵¹ Zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold vgl. Seite 52

⁵² Stadtarchiv Singen, Zwischenarchiv AZ 362.315 Interview Jäckle

„Volksküchen“ zu moderaten Preisen. In Singen wurden in der Volksküche sogar kostenlose Mittagessen ausgegeben.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in der zweiten Phase der Weimarer Republik die SPD durch die vordergründige Stabilisierung der Währung und den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme zum einen wieder Boden bei ihren Wählern gut machen konnte. Zum Anderen zeigte sich bereits in den „Goldenen Zwanzigern“ eine der Grundschwächen der Weimarer Republik: Es gelang den regierenden Parteien trotz der Einführung von Arbeitslosenversicherung, Herabstufung der Reparationsleistungen und Investitionen in die Infrastruktur nicht, einen Ausgleich zwischen Großbürgertum und Arbeitnehmern im Sinne eines „sozialen Friedens“ sowie die dauerhafte Sicherung der Erwerbstätigkeit gerade für die Kriegsheimkehrer herzustellen, obwohl deren Integration in die neue Staatsform von Anfang an eine der Hauptaufgaben der Weimarer Republik gewesen ist.

4. Auflösung und Zerstörung (1929 – 1933)

4.1 Die Entwicklung auf Reichs- und Landesebene

Mit Stresemanns Tod am 3. Oktober 1929 begann die dritte und letzte Phase der Weimarer Republik. Bei den Reichstagswahlen 1928 gingen SPD und KPD gestärkt hervor, wohingegen die bürgerlichen Parteien geschwächt wurden. Unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller wurde eine Regierung aus SPD, Bayerischer Volkspartei (BVP), DDP, Zentrum und DVP gebildet. Die Regierungsbildung fand jedoch bereits vor dem Hintergrund der drohenden Weltwirtschaftskrise statt: Sinkende Steuereinnahmen und sinkende Beschäftigung gaben den eingengten Handlungsrahmen vor, in dem sich die Regierungskoalition bewegen konnte. Im März 1930 zerbrach die Koalition dann auch an der Frage, wie die Lasten der durch die steigende Zahl an Arbeitslosen unter Druck geratenen Arbeitslosenversicherung verteilt werden konnten. Die SPD wollte die geplanten Kürzungen von Sozialleistungen nicht mittragen.

Die neue Reichsregierung unter dem Zentrumsführer Dr. Heinrich Brüning wurde von der Parlamentsmehrheit toleriert. Es folgte die Zeit der sogenannten „Präsidialregierungen“, die geprägt war von der Autorität des Reichspräsidenten und dem vermehrten Gebrauch des Artikels 48 der Weimarer Verfassung – die Verhängung des Ausnahmezustandes.

Unter Brüning wuchs die Arbeitslosigkeit bis auf einen Höchststand von 6 Millionen Arbeitslosen im Winter 1931/32. Der Ruf nach einem „Anführer“, der einen Ausweg aus dieser

hoffnungslosen Lage bieten könnte, wurde immer lauter. Die Bewegungen auf der linken und rechten Seite einte nicht nur der Hass auf das Bürgertum und die bürgerliche Kultur, sondern auch die Ausrichtung auf den einen, unersetzbaren charismatischen Führer, der für alles die Verantwortung übernahm und entsprechend seiner Überzeugungen konsequent umsetzte.

Brünning stützte sich in seiner Politik der „Zähmung“ der Gewerkschaften und Überwindung der Depression durch einen massiven Sparkurs auf den Reichspräsidenten. Als im Sommer Sozialdemokraten und Deutschnationale seine Sparpolitik ablehnten, ließ er den Reichstag durch Reichspräsident Hindenburg auflösen. Bei der Neuwahl am 14. September 1930 zogen 100 Vertreter der NSDAP in den Reichstag ein – 86 mehr als zuvor. Die folgenden zwei Jahre waren geprägt von einer Tolerierung durch die Reichstagsmehrheit der linken Mitte und den vermehrten Gebrauch von Notverordnungen.

Trotz eines harten Kurses zeigte die Politik Brüning keine Erfolge in der Bekämpfung der Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen. Die Regierung Brüning verlor zunehmend den Rückhalt in der Bevölkerung und im Reichstag. Am 29. Mai 1932 ersuchte daher der letzte demokratisch gewählte Reichskanzler um seinen Rücktritt. Anlass hierfür war Hindenburgs Widerstand gegen Brüning's Ostsiedlungsprogramm gewesen, das die Enteignung ostelbischer Güter zum Zwecke der Besiedlung durch Arbeits- und Landlose vorsah.

Nach dem Rücktritt des Kabinetts Brüning einen Tag später beauftragte der Reichspräsident den Zentrums-Politiker Franz von Papen mit der Bildung einer Präsidialregierung. Von Papen war jedoch kein Parlamentarier und stand der Republik eher ablehnend gegenüber. Er veranlasste den Reichspräsidenten am 4. Juni 1932 zur Auflösung des Reichstags, bei den Neuwahlen am 31. Juli 1932 erhielten die NSDAP mit 37,3 und die KPD mit 14,3 Prozent rein rechnerisch die parlamentarische Mehrheit. Am 20. Juli 1932 setzte Reichspräsident von Hindenburg den Schlussstrich unter die letzte Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten in der Weimarer Republik – der sogenannte „Preußenschlag“. Er löste per Notverordnung den preußischen Landtag unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun auf und ernannte Reichskanzler Franz von Papen zum Reichskommissar in Preußen.

Da auf Reichsebene NSDAP und KPD zu einer Regierungsbildung nicht fähig und vermutlich auch nicht Willens waren, löste von Hindenburg auf Drängen des Reichskanzlers den Reichstag erneut auf. Die Wahlen im November 1932 brachten mit einem Verlust von rund vier Prozent der Stimmen für die NSDAP scheinbar einen Umschwung. Reichskanzler von Papen wurde durch General Kurt von Schleicher ersetzt. Dessen Politik zielte auf eine „Querfront“ durch alle gesellschaftlichen und politischen Schichten zur Schaffung von mehr Jugendbeschäftigung und Verringerung der Arbeitslosigkeit. Während der Allgemeine

Deutscher Gewerkschaftsbund mit Interesse reagierte, stieß von Schleicher bei der SPD auf Ablehnung.

Auch von Schleichers Amtszeit war von vorneherein zum Scheitern verurteilt, da im Hintergrund bereits eine Koalition aus NSDAP, Hindenburg-Anhängern und Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei die Fäden für eine Hitler-Koalition spann. Ende Januar 1933 wurde Schleicher als Reichskanzler entlassen und mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 endete die erste demokratische Republik auf deutschem Boden.⁵³

In Baden trat die NSDAP zu Beginn der dritten Phase der Weimarer Republik mit den Worten des Historikers Wolfgang Hug *„aus dem Schatten einer bedeutungslosen Splitterpartei“* heraus. Bei den Reichstagswahlen 1928 erreichte sie hier einen Stimmenanteil von 2,9 Prozent und lag damit bereits über dem Reichsdurchschnitt. Nur knapp zwei Jahre später, bei den Reichstagswahlen im September 1930, erreichte die NSDAP in Baden bereits einen Stimmenanteil von 19,2 Prozent und lag damit wiederum über dem Reichsdurchschnitt von 18,3 Prozent. Damit hatte sie die SPD in der badischen Wählergunst überrundet.

Die Zahl der Ortsgruppen und Mitgliederorganisationen der rechtsradikalen Partei befand sich seit 1928 stetig im Wachstum, nur bei der KPD sind in diesem Zeitraum ähnliche Tendenzen zu beobachten, wenn auch in geringerem Umfang. Die NSDAP suchte zunehmend die Konfrontation mit den anderen Parteien in Wahlkampfveranstaltungen und auf der Straße. Ihre Agitation richtete sich vor allem gegen die KPD. Sichtbarer Ausdruck dieses Kampfes waren die Schutzorganisationen: die SA auf der rechten, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Rote Frontkämpferbund in der Mitte bzw. auf der linken Seite. Die badische Regierung suchte der zunehmenden Gewalt auf der Straße Einhalt zu gebieten, indem sie zunächst Uniformverbote erließ und dann am 14. April 1932 die SA ganz verbot.

Die im Winter 1929/1930 massiv ansteigende Arbeitslosigkeit führte in Baden zur Schließung zahlreicher Industriebetriebe und in der Landwirtschaft zur Verschuldung zahlreicher Höfe. Dadurch erreichte die Verschuldung der Gemeinden ebenfalls einen neuen Höchststand, da lediglich die Absicherung der Hauptunterstützungsempfänger durch die gesetzliche Arbeitslosenversicherung geregelt war. Alle anderen Arbeitslosen mussten über die kommunale Arbeitslosenhilfe versorgt werden.⁵⁴

⁵³ Michael Stürmer, ebd.

⁵⁴ Wolfgang Hug, ebd.

4.2 Die Entwicklung in Singen: Radikalisierung des Kampfes um die Republik

Auch in Singen machte sich die Weltwirtschaftskrise 1929 unmittelbar bemerkbar. Die Phase der wirtschaftlichen Erholung war damit schlagartig beendet und der Singener Gemeinderat kürzte als erstes die Sozialleistungen für Arbeitslose, um den städtischen Haushalt zu entlasten. Wie in Kapitel 3.5.2 bereits skizziert, waren die städtischen Unterstützungsleistungen im Vergleich zum Reich überdurchschnittlich hoch und erschienen dadurch als geeigneter Ansatzpunkt für eine Sparpolitik. Auch konnte Bürgermeister Kaufmann im Gemeinderat keine Steuererhöhung zur Rettung der städtischen Finanzen durchsetzen, weshalb bereits zu Beginn der 1930er Jahre die wirtschaftlichen Probleme zu einer Schwächung der demokratisch gewählten Volksvertreter und damit zur lokalen „Krise von Weimar“ führten.⁵⁵

In Folge kam es zu deutlichen Wahlgewinnen der Kommunisten, vor allem unter den Erwerbslosen. Als KPD-nahe Organisation wurde 1928 eine eigene Gewerkschaft, die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) gegründet, die im Gegensatz zu den Freien Gewerkschaften Verhandlungslösungen ablehnte und den Streik als einzige legitime Form des Arbeitskampfes ansah.

Die rechtsradikalen Kräfte in Form der NSDAP konnten in Singen auf Grund der relativ geschlossenen politischen Lager von Zentrum, Liberalen, SPD und KPD zunächst kaum Fuß fassen. Dennoch erkannten die Sozialdemokraten die drohende Gefahr am rechten Rand und schlossen sich im Dezember 1931 mit den Freien Gewerkschaften, Arbeitervereinen sowie dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zur sogenannten „Eisernen Front“ zusammen.

Das Reichsbanner Schwarz-Gold war im Februar 1924 als politischer Wehrverband zum Schutz der demokratischen Republik von Zentrum, SPD und DDP gegründet worden. Es setzte sich zum Großteil aus Veteranen des Ersten Weltkrieges zusammen, die für die Weimarer Republik einstanden und diese gegen radikale Kräfte von links und rechts außen zu verteidigen suchten. Das Reichsbanner war auch eine Gegenbewegung zu Stahlhelm und SA, die den politischen Kampf von rechts außen zunehmend radikalisierten.⁵⁶

4.2.1 Die Volksküche als sozialer Treffpunkt

Die Arbeitslosigkeit in Singen stieg - wie überall in der Republik - infolge der Weltwirtschaftskrise rasant an. Waren die Jahre 1923 bis 1928 noch von einer guten

⁵⁵ Alfred G. Frei, ebd.

⁵⁶ Wolfgang Glaeser, ebd.

Beschäftigungslage bei den Aluminium-Walzwerken gekennzeichnet, so wurde ab 1929 das „Heer“ an Arbeitslosen immer größer. Von Seiten der Stadtverwaltung wurden trotz Sparpolitik verschiedene Maßnahmen zur Versorgung der Arbeitslosen ergriffen, da die staatlichen Unterstützungssätze am Rand des Existenzminimums lagen: Kinder von Arbeitslosen erhielten in der Schule ein warmes Frühstück und im Gasthaus „Zum Mohren“ wurde einmal täglich ein warmes Essen ausgegeben.



Das Gasthaus „Zum Mohren“ in der Mühlenstr. 25, in dem in den 1920er Jahren täglich ein warmes Mittagessen an Bedürftige ausgegeben wurde (Stadtarchiv Singen, 216 Nachlass Willy Weber Nr. 56)

Es gab aber auch „Hilfe zur Selbsthilfe“: Im „Volkswille“ wurde im September 1931 ein Beitrag veröffentlicht, der die Einrichtung von Erwerbslosenküchen in Arbeitersiedlungen auf Initiative der Sozialdemokraten als geglückte Selbsthilfemaßnahme beschrieb. Mit solchen Initiativen erhofften sich die Sozialdemokraten eine Politisierung und Stärkung der Solidarität unter den Arbeitslosen. Letztendlich übernahm diese Funktion in Singen die wiedereingerichtete Volksküche ab November 1931 in der Turnhalle der Ekkehardschule, die u.a. vom Badischen Frauenverein des Roten Kreuzes, der christlichen Arbeiterhilfe, der Arbeiterwohlfahrt und der Stadtverwaltung betreiben wurde.

Die Volksküche nahm schon bald nicht nur die Funktion der Essensversorgung ein, sondern wurde auch zum Treffpunkt vor allem für jugendliche Arbeitslose, die weniger Unterstützungsleistungen als Familienväter erhielten. Ein fester Tagesablauf, der Orientierung gegeben hätte, fand nur in sehr begrenztem Maße durch die Einnahme der Mahlzeiten statt. Die Folge war eine Form des „Sich-treiben-Lassen“, die letztlich den idealen Nährboden für die Propaganda der Nationalsozialisten bildete.

Die Volksküche blieb aber nicht kritiklos, da beispielsweise das bürgerlich-soziale Engagement von vielen Arbeitslosen als überheblich empfunden wurde. Sie bestanden auf einer staatlichen Grundversorgung und nicht auf „Almosen“ der wohlhabenderen Mittelschicht. Auch an dieser Einrichtung zeigten sich wieder die sich verschärfenden Diskrepanzen zwischen SPD und KPD: während die Sozialdemokraten die karitative Einrichtung grundsätzlich befürworteten, da sie „gute Absichten“ verfolgte, lehnten die Kommunisten sie als „Verklärung der tatsächlichen sozialen Lage“ rundweg ab und forderten ein solides soziales Netz, das von Staats wegen finanziert werden sollte. Dies zeigt sich auch in den zahlreichen Anträgen der KPD im Gemeinderat, die auf ein größeres – auch finanzielles – soziales Engagement der Stadt sowie eine Anerkennung des Erwerbslosenausschusses als Vertretung der Arbeitslosen abzielten. Die KPD engagierte sich zu Beginn der 1930er Jahre dann auch verstärkt in den Erwerbslosenausschüssen und organisierte wiederholt Demonstrationen, mit denen die Arbeitslosen unübersehbar auf sich aufmerksam machen sollten.⁵⁷

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Propaganda der Nationalsozialisten mit einfachen, aber eingängigen Parolen wie „Kampf gegen Versailles“ oder „Kampf gegen die Zinsknechtschaft“ wohl auf einen fruchtbaren Boden bei den Erwerbslosen fiel – nicht zuletzt wegen des fehlenden strukturierten Tagesablaufs, wie oben beschrieben.

4.2.2 Saalschlachten zwischen den linken Parteien und der NSDAP

Die Auseinandersetzung zwischen „Rot“ und „Braun“ wurde in Singen in zahlreichen Saalschlachten erbittert ausgefochten. Hans Constantin-Paulssen formuliert dies im bereits erwähnten Interview wie folgt: *„In Singen platzten die Gegensätze sehr aufeinander.“*⁵⁸

Einige Beispiele werfen dabei auch ein bezeichnendes Licht auf die „gespaltene Singener Arbeiterschaft“: Im Juli 1928 berichtet die Singener Gendamerie über zwei Versammlungen der Nationalsozialisten und Kommunisten. Den Kommunisten wurden dabei radikalere

⁵⁷ Gerd Zang, ebd.

⁵⁸ Stadtarchiv Singen, Zwischenarchiv AZ 362.315 Interview Paulssen

Absichten unterstellt als den Nationalsozialisten. Ihre Versammlung wird wie folgt charakterisiert: *„(...) Nur durch (...) ein stärkeres Polizeiaufgebot war es möglich, dass jede Partei ihre Versammlung abhalten konnte bzw. Zusammenstöße beider Parteien vermieden wurden, denn auf solche hatten es in der Hauptsache die Kommunisten abgesehen. Es steht ganz außer Zweifel, dass die Versammlung der Kommunisten lediglich vorgeschürzt war, das eigentliche Ziel war aber, Zusammenstöße mit den Nationalsozialisten herbeizuführen. (...) Die Kommunisten gingen nach Abschluss ihrer Versammlung nicht auseinander, sondern erwarteten fieberhaft den Austritt der Nationalsozialisten aus dem Saal.“* Die Gruppe von rund 30 Nationalsozialisten wurde dann mit Geleitschutz zum Bahnhof gebracht, wobei es in der Scheffelstraße noch den Versuch gab, diesen Geleitschutz zu durchbrechen.

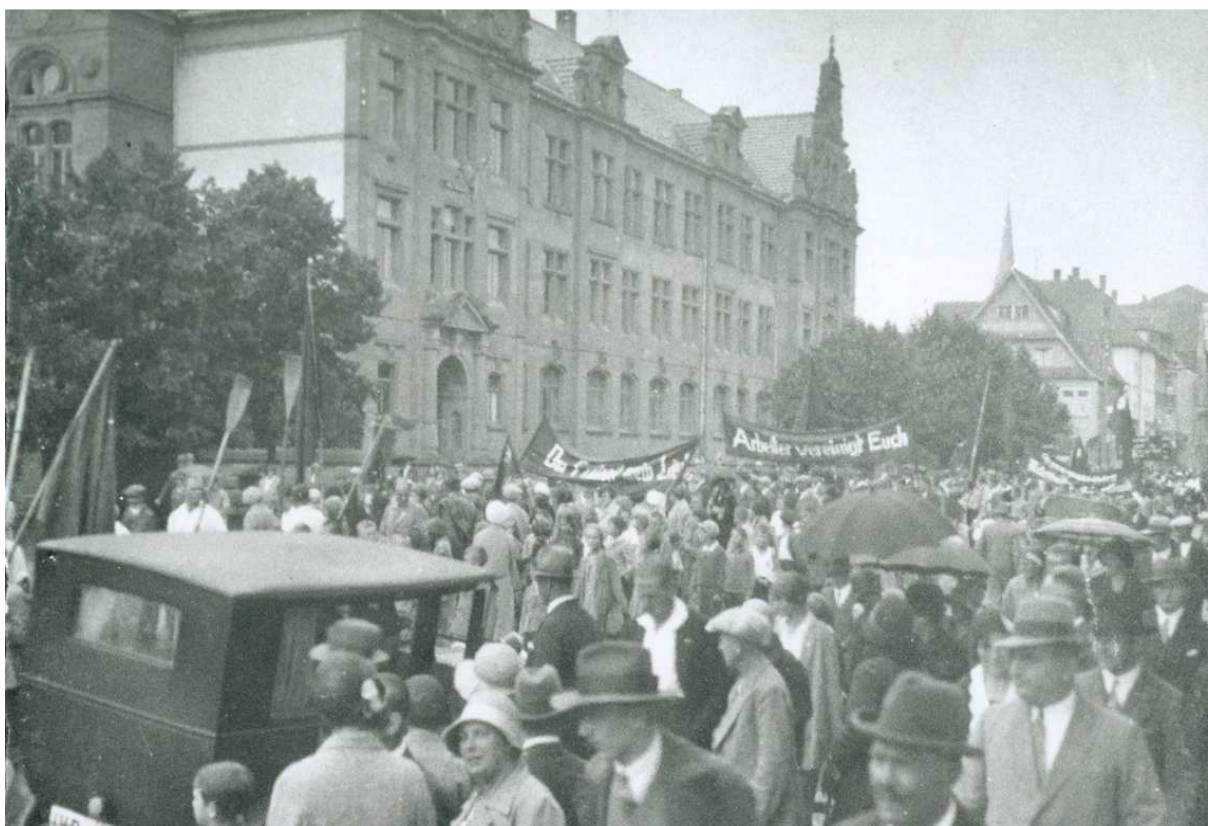
In der Arbeiter-Zeitung vom 27. Juli 1928 wurde die Singener Verwaltung für ihr Vorgehen kritisiert: *„(...) Die Singener Stadtverwaltung schützt, entsprechend den Grundsätzen der Demokratie, nicht nur den kapitalistischen Geldsack, sondern und vor allem die Gesinnungsfreiheit, soweit sie sich gegen das revolutionäre Proletariat richtet (...)“*. Die Arbeiterzeitung führt weiter aus, dass die Gegenkundgebung der KPD mit 300 bis 400 Arbeitern im Gegensatz zur NSDAP-Veranstaltung sehr gut besucht gewesen sei. Der Redner Max Maddalena habe dabei Faschismus und Reformismus als Träger und Verteidiger der Demokratie ausgemacht. Deren Ziel sei die Bekämpfung des revolutionären Proletariats und der Sowjetunion. Auch die Sozialdemokraten werden scharf kritisiert: *„(...) Nachdem Genosse Maddalena noch auf die Politik des zusammengeschuhandelten Kabinetts Müller eingegangen war und an Beispielen aus der Amnestie- und Steuerdebatte die verbrecherische Politik der SPD-Führer aufgezeigt hatte, stellte er unter stürmischem Beifall der Masse dieser neuen Bürgerblockpolitik der SPD-Führer die Politik der einzigen Arbeiterpartei, der KPD, gegenüber (...)“*. Die Kritik an der Sozialdemokratie äußert sich besonders an der Person Max Porzigs, dem Lokalredakteur des Volkswillens: *„(...) Herr Porzig, gehen Sie zum Zentrum, dort fällt es leichter, den Arbeitern von religiösem Sozialismus etwas vorzumachen (...) Die Hauptsache ist für Sie, dass Sie immer dasselbe schreiben dürfen – für den Kapitalismus und gegen die Interessen der Arbeiter.“*

Der Einsatz der Polizei, die den NSDAP-Anhängern Geleitschutz bis zum Bahnhof gab, wird wie folgt beschrieben: *„(...) Ohne jeden Grund wurde der Gummiknüppel gezückt und die auf dem Bürgersteig stehenden Arbeiter zurückgedrängt. Dabei tat sich vor allem ein in der SPD organisierter berittener Gendarm hervor, der mit gezogenem Säbel rücksichtslos in die Menge ritt (...)“*. Auch wenn der Schilderung der Ereignisse ein gewisser agitatorischer Unterton nicht abzusprechen ist, so wird doch gerade in dieser Art der Berichterstattung der ideologische

Graben, der SPD und KPD von einem gemeinsamen Vorgehen zur Stützung der Weimarer Republik abhielt, mehr als deutlich.⁵⁹

Die KPD wurde von der örtlichen Presse und den Singener Ordnungsorganen zumeist misstrauisch beäugt. Das Misstrauen der Obrigkeit ging sogar soweit, dass Bürgermeister Dr. Kaufmann sich im September 1930 veranlasst sah, die Presse zu einer zurückhaltenden Berichterstattung über Veranstaltungen der KPD aufzufordern. Im anderen Fall bestehe die Gefahr, dass die Stadt nicht nur keine Kredite mehr bekäme, sondern auch noch die kurzfristigen Kredite zurückgeben müsse.

Die KPD bereitete für den 1. August 1929 einen Antikriegstag vor, der unter scharfer Beobachtung der örtlichen Polizei stand. Man rechnete mit Demonstrationen und dem Begehen von Gesetz- und Ordnungswidrigkeiten. Laut Bericht des Polizeikommissärs Groß vom 6. August 1929 verlief der Tag jedoch unerwartet friedlich: Die KPD hielt eine Versammlung von 60 Personen im Gasthaus Kreuz ab, die Teilnehmer hätten sich nach drei Stunden lautlos entfernt. Auch bei den Demonstrationen zum 1. Mai 1930 kam es laut Polizeibericht zu keinerlei Zwischenfällen.



1.Mai-Demonstration der SPD 1930 in der Ekkehardstraße (Stadtarchiv Singen, 700 Fotosammlung)

⁵⁹ Alle Zitate stammen aus der Akte Stadtarchiv Singen, 10 Gemeindearchiv, XI 2/9

Die mitgeführten Plakate sprachen eine klare Sprache: „Fort mit der Bürgerblockregierung, für die proletarische Diktatur!“, „Für den 7-Stunden-Tag“ oder „Für Arbeit und Brot“ – die Forderungen der KPD waren zum Teil deckungsgleich mit denjenigen der Sozialdemokraten, nur zumeist radikaler. Diese Radikalität äußerte sich auch im Umgang mit den Strömungen am rechten Parteienspektrum: Eine von der NSDAP-Ortsgruppe Singen anberaumte Versammlung am 19. August 1930 im Gasthaus Kreuz wurde von rund 50 Mitgliedern der KPD gestört, die sich gewaltsam Zutritt zum Saal verschafften.

Auch das SPD-Presseorgan „Der Volkswille“ berichtete ausführlich und kritisch über eine KPD-Demonstration anlässlich der Wahl im September 1930: Die Kommunisten hätten versucht, die Versammlungsfreiheit durch einen Terror, der nicht zu überbieten sei, zu unterbinden. Sie verglichen diese Vorgehensweise sogar mit derjenigen der Nationalsozialisten. Mit solchen Äußerungen distanzierte sich die Partei klar von den Aktionen der KPD.⁶⁰

⁶⁰ Stadtarchiv Singen, 10 Gemeindearchiv Singen, XI 2/20

An die Arbeiter und Angestellten aller Betriebe!

Rüstet zur Demonstration am 1. Mai

Die klassenbewußte Arbeiterschaft Singens rüstet auch in diesem Jahre, wie in jedem andern, zur **Maifeier**. Notwendiger ist es in diesem Jahre, weil durch die **S.P.D.-Führer** der Achthundentag verloren ging. Weil durch die **Schuld der S.P.D.-Führer** die Löhne abgebaut wurden. Weil durch deren **Schuld** die Mieten gesteigert wurden. Weil durch die **Maßnahmen der S.P.D.-Führer** jeder Pfennig Lohn der Arbeiter versteuert werden muß, währenddem Millionen von Steuern der Großindustrie gestundet oder geschenkt werden. Weil durch die Maßnahmen der Führer der 2. Internationale die Arbeiter der ganzen Welt geknechtet werden. Deshalb **Arbeiter und Angestellte, Frauen und Männer, demonstrieren** am 1. Mai für die Forderungen der gesamten werktätigen Klasse. Was haben nun die Führer der S.P.D. und die Gewerkschaftsangeestellten Singens beschlossen, um die gerechten Forderungen der Arbeiterschaft zur Geltung zu bringen? **Arbeiter höre und staune!**

Am Sonntag morgen **Gebeistunde** im Kreuz, am Nachmittag **Bierstunde** und gemütliches Beisammensein im Scheffelhof in Radolfzell. **Dieses sind die Kampfmittel dieser Führer**, mit denen sie die Arbeiterschaft einschläfern, um sich selber die Regierungssessel warm zu halten. Arbeiter, denke nach über die Führer, welche uns während der Revolution verraten haben (siehe Noske, Scheidemann und Konsorten) und du wirst die Wahrnehmung machen, daß deren Nachfolger in den gleichen Fußstapfen wandeln.

Arbeiter und Angestellte, wollt Ihr nun für die Gebeistunde oder für Eure Forderungen demonstrieren? Jeder und jede klassenbewußte Arbeiter und Arbeiterin wird für seine Forderungen demonstrieren, dadurch, daß er sich einreihet in den **Demonstrationszug, welcher am Sonntag nachmittags 2 Uhr beim Bahnhof seinen Anfang nimmt**. Wenn nun der Führer des Gewerkschafts-Kartell Singens (Ziegler), welcher zugleich Angestellter des deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist, erklärt, **mit der revolutionären Arbeiterschaft nicht zu demonstrieren**, so wird die Singener Arbeiterschaft **über den Kopf dieses Führers** hinweggehen und sich geschlossen an diesem Demonstrationszuge beteiligen.

Darum, Arbeiterinnen und Arbeiter, hinweg über diese Führer. **Heraus** aus Euren Kuffen und Wohnungen, **heraus** aus den Betrieben, **stellt Euch Mann für Mann** in die Reihen der Demonstration am 1. Mai, nachmittags 2 Uhr am Bahnhof und demonstrieret:

Für den Achthundentag!
Gegen die Bürgerblock-Regierung!
Gegen den Krieg!
Gegen den Mietwucher!
Gegen den Imperialismus!
Für Beschäftigung der Erwerbslosen!
Für eine Arbeiter-Regierung!
Für Sowjet-Rußland!
Für Mutter- und Kinderschutz!
Für die Revolution in China!
Für ein menschenwürdiges Dasein!

Arbeiter und Angestellte, erscheint in Massen!

Kommunistische Partei, Ortsgruppe Singen
Roter Frontkämpferbund, Ortsgruppe Singen
Rote Hilfe, Ortsgruppe Singen.

Plakat der KPD mit einem Aufruf zur 1. Mai-Demonstration 1927
(Stadtarchiv Singen, 730 Plakatsammlung)

In der „bürgerlichen“ Presse wurde regelmäßig über Versammlungen der Nationalsozialisten und die Gegendemonstrationen der Kommunisten berichtet. Dabei wurden die Vereinigungen am linken und rechten Rand des Parteispektrums regelmäßig „in einen Topf“ geworfen, wie beispielsweise ein Artikel aus der Bodensee-Zeitung vom 28. Juli 1928 belegt: *„Die Nationalsozialisten, die bekanntlich aus dem gleichen Holz geschnitzt sind wie die radikalen Kommunisten (...)“*.

Die Weimarer Republik wurde von den Kommunisten gerne auch als „Hindenburg-Republik“ bezeichnet. Die Kommunisten sahen sich von der Obrigkeit ungerechtfertigt behandelt, da diese sie mit Waffen bedrohte, um beispielsweise das Verteilen von Broschüren zu unterbinden. So bezeichnete beispielsweise die Arbeiterzeitung vom 4. August 1930 ein Treffen der Kommunisten aus Deutschland, Schweiz, Österreich und Frankreich im Vorfeld der Reichstagswahl am 14. September als *„Aufmarsch des ganzen werktätigen Volkes von Singen gegen (...) die imperialistischen Kriegstreiber, gegen den Lohnraub, gegen die Artikel 48-Diktatur (...)“*.

Nur durch massives Polizeiaufgebot konnten Schlägereien zwischen KPD-Mitgliedern und Anhängern der NSDAP gegen Ende der 1920er Jahre noch verhindert werden. Versammlungen im Gasthaus Kreuz und im Gambrinus wurden daher ab November 1930 polizeilich nach Paragraph 1 des Versammlungsgesetzes verboten.⁶¹ Dies kann als Ausdruck der Wehrhaftigkeit der Weimarer Republik gewertet werden, auch wenn diese sich zunehmend gegen ihre Unterstützer wendete. Der Kampf zwischen links und rechts hatte sich nunmehr von der reinen Wortebene auf die Straße und somit tatsächlich „in die Fäuste“ verlagert – um noch einmal das Bild aus dem bereits zitierten Flugblatt aufzugreifen.

⁶¹ Stadtarchiv Singen, 10 Gemeindearchiv Singen, XI 2/9



Postkarte mit dem „Gasthof zum Kreuz“, einem beliebten Versammlungslokal der Kommunisten und NSDAP-Mitglieder (Stadtarchiv Singen, 730 Postkartensammlung)

4.2.3 Das letzte Aufbäumen der „wehrhaften“ Demokratie

Grundsätzlich lässt sich in der dritten und letzten Phase der Weimarer Republik auch in Singen beobachten, dass die Instrumentarien der wehrhaften Demokratie bis zum Ende der Republik immer mehr ausgeweitet wurden. So durften beispielsweise Demonstrationsumzüge im Land Baden ab 1929 nur noch mit vorheriger polizeilicher Genehmigung durchgeführt werden. Die Genehmigung war dabei laut einer Rundverfügung des Badischen Bezirksamtes Konstanz vom 15. Mai 1929 immer dann zu versagen, wenn der Verdacht bestand, dass es sich um eine *„Propagandafahrt gewisser politischer Gruppen mit Lastkraftfahrzeugen [handelt], welche erfahrungsgemäss zur Störung der öffentlichen Ordnung führen (...)“*. Die paramilitärischen Kampforganisationen der Kommunistischen Partei sowie das Tragen entsprechender Uniformen wurde daher folgerichtig am 3. Mai 1929 reichsweit gemäß dem Gesetz zum Schutze der Republik verboten. Aber auch die NSDAP war von diesem Uniformverbot betroffen. Die Polizeiorgane waren angehalten, auf das Tragen der jeweiligen verbotenen Uniformen mit entsprechender Konsequenz - auch strafrechtlich - zu reagieren. Der Polizei wurde per Dienstanweisung ausdrücklich das Recht zugestanden, bei gewaltsamem

Widerstand – beispielsweise gegen die Räumung eines Versammlungslokals – geeignete Mittel wie den Polizeiknüppel einzusetzen.

Daneben gehörten auch die beiden Republikenschutzgesetze vom 21. Juli 1922 bzw. 25. März 1930 zu den genannten Instrumentarien der wehrhaften Demokratie. Mit den Gesetzen wurden Organisationen sowie deren Versammlungen verboten, die sich gegen die verfassungsmäßige republikanische Staatsform richteten. Mit Erlass des ersten Gesetzes wurde auch ein Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik eingerichtet.⁶² Besonders mit dem Verbot von politischen Versammlungen unter öffentlichem Himmel wurde versucht, der KPD die Plattform für ihre politische Agitation zu entziehen.

Die Feiern zum 1. Mai politisierten sich in Folge der zunehmenden Krise zwischen KPD und SPD. Hierauf reagierte auch die Staatsgewalt, indem sie die Bezirksämter ermächtigte, diese Veranstaltungen nur noch dann zu genehmigen, wenn sie unpolitischer Natur waren bzw. wenn anzunehmen war, dass sie nicht in politische Demonstrationen ausarten würden. Reden, Ansprachen und das Verbreiten von politischen Flugblättern auf öffentlichen Plätzen waren weiterhin verboten. Die Gewerkschaften wurden hierbei als „Hüter der Ordnung“ vom Staat in die Pflicht genommen.⁶³

Die Haltung der SPD gegenüber der erstarkenden NSDAP, die sie im Rahmen der „wehrhaften Demokratie“ zu bekämpfen suchte, spiegelt sich u.a. in der Beurteilung der SPD-Zeitung „Der Volkswille“ und deren Redakteur Max Porzig durch Paulssen wieder: *„(...) Mit ihm habe ich damals viel diskutiert, weil er auch warnte vor den Gefahren, die hier in der Arbeiterschaft hoch kämen. Er sagte immer: Wir haben eine freie Republik und können die Nationalsozialisten nicht verbieten, aber wir können gegen sie auftreten (...).“*⁶⁴

4.2.4 Die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler: Reaktionen in Singen

Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 offenbarte sich gleichsam ein letztes Mal der tiefe Spalt, der sich durch die Arbeiterschaft und deren politische Vertretung zog: Während die KPD am 31. Januar 1930 zu einem Generalstreik in den großen Industriebetrieben Georg Fischer und Maggi aufrief - der allerdings auf Grund der mangelnden Beteiligung als gescheitert betrachtet werden muss - verfolgte die SPD eine Strategie der „abwartenden Haltung“, um die *„Munition der Arbeiterklasse nicht zwecklos in die leere Luft zu*

⁶² Wolfgang Hug, ebd.

⁶³ Stadtarchiv Singen, 10 XI 2/21

⁶⁴ Stadtarchiv Singen, Zwischenarchiv AZ 362.315 Interview Paulssen

verschießen“, wie es der „Volkswille“ vom 2. Februar 1933 formulierte. Bei der Reichstagswahl am 5. März mussten die Kommunisten, deren Wahlkampf im Vorfeld massiv behindert worden war, einen Stimmenrückgang von 7 Prozent hinnehmen. Die NSDAP erreichte 35 Prozent der Stimmen, SPD und Zentrum zusammen immerhin noch einen Anteil von 42 Prozent. Die Nationalsozialisten ignorierten dieses Ergebnis jedoch und besetzten in den nächsten Tagen neben dem Rathaus auch die Singener Polizeiwache. An wichtigen kommunalen Einrichtungen hing ab diesem Zeitpunkt die Hakenkreuzfahne.



In Folge der nationalsozialistischen Machtergreifung wurden auch in Singen öffentliche Gebäude mit der Hakenkreuzfahne beflaggt, hier die Scheffelhalle (Stadtarchiv Singen, 700 Fotosammlung)

Auf der Grundlage des Ermächtigungsgesetzes vom 24. März 1933 wurde die plurale Gesellschaft zügig beseitigt und die bestehenden Organisationen und Vereine in nationalsozialistische Verbände eingegliedert. So wurden beispielsweise die Gewerkschaften in die Deutsche Arbeitsfront aufgelöst und die Agrarverbände in den Reichsnährstand zwangsvereinigt. In Singen lief der Prozess der nationalsozialistischen Machtübernahme ohne nennenswerten „Gegenwind“ ab. Mit der Gleichschaltung der Gewerkschaften wurde die

Arbeiterbewegung gleichsam „ausgeschaltet“. Die ehemals „rote Hochburg“ war zur „braunen Festung“ geworden.⁶⁵

5. Schlussbemerkung

Im Rahmen dieser Arbeit wurden einige Aspekte der „Weimarer Geschichte“ komplett ausgeblendet oder nur am Rande gestreift. So wären beispielsweise die Frage, ob sich die „Goldenen Zwanziger“ auch in Singen in einem Aufblühen des kulturellen Lebens bemerkbar machten, oder die Darstellung der Investitionen in die städtische Infrastruktur in den 1920er Jahren eigene, lohnenswerte Forschungsfelder.

Abschließend sollen noch fünf Thesen und Beobachtungen über die Weimarer Republik formuliert werden:

1. Die Arbeiter- und Soldatenräte können als Versuch gewertet werden, basisdemokratisch die Gesellschaftsstrukturen des Kaiserreichs aufzubrechen und sozialdemokratische Ziele in der neuen Republik umzusetzen. Demgegenüber fühlte sich das Heer der Demokratie in keiner Weise verpflichtet, Großindustrie und Großgrundbesitz unterstützten sie ebenfalls nicht. Der notwendige Personalwechsel in Justiz, Heer und Verwaltung fand nicht statt. Daher lässt sich eine Diskrepanz zwischen demokratischen Normen der Verfassung und der gesellschaftlichen Wirklichkeit feststellen, die durch eine nicht-demokratische Tradition geprägt war. Der Neuordnung der politischen Verhältnisse folgte keine tiefgreifende Änderung der gesellschaftlichen Strukturen.⁶⁶

2. Die Weimarer Republik wurde von einer grundsätzlichen Verfassungsproblematik belastet: Die Verfassung wollte es allen „Recht machen“ und stärkte den Reichspräsidenten, die Regierung und das Volk gleichermaßen. Die wehrhafte Demokratie führte sich damit letztendlich selbst ad Absurdum, wie sich vor allem in der dritten und letzten Phase der Weimarer Republik beobachten lässt.

3. Betrachtet man die Rolle der SPD, so fällt auf, dass sich die Partei im Laufe der Weimarer Koalition in Baden immer mehr den Vorstellungen der majorisierenden Zentrumsparterie anpasste, so dass sie gegen Ende tatsächlich Mehrheitspolitik betrieb.⁶⁷ Durch diese Angleichung in der Mitte wurden letztendlich auch die politisch zunächst nicht festgelegten bzw. die am Rande des Parteienspektrums anzusiedelnden Bevölkerungsgruppen

⁶⁵ Gerd Zang, ebd.

⁶⁶ Peter Brandt / Reinhard Rürup, ebd.

⁶⁷ Jutta Stehling: Weimarer Koalition und SPD in Baden, Frankfurt 1976

empfänglicher für eine republikfeindliche Opposition, da sie sich im Parteiensystem von Weimar nicht mehr ausreichend vertreten sahen.

4. Mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler endet in der Geschichtswissenschaft die Weimarer Republik. Die ehemals staatstragenden Parteien passen sich im Dritten Reich entweder an oder werden - wie SPD und KPD - verboten. Der Versuch, auf den Fundamenten der Wilhelminischen Gesellschaft eine demokratische Republik zu etablieren, war gescheitert, obwohl diese den meisten Bürgerinnen und Bürgern mit verbesserten Sozialleistungen, dem Ausbau der städtischen Infrastruktur und einem bisher unerreichten Maß an politischer Teilhabe ein Angebot für eine moderne Staatsform gemacht hatte. Da jedoch letztendlich keine passenden Antworten auf die drängenden Fragen von Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit mit der Position im internationalen Machtgefüge gefunden wurden, fehlte der Republik der notwendige Rückhalt in der Bevölkerung.

5. Kann die Weimarer Republik daher zu Recht als eine „vergessene Republik“ bezeichnet werden? Diese Beurteilung wird den Auswirkungen der ersten Demokratie auf deutschem Boden auf unsere moderne Zivilgesellschaft nicht gerecht. In unserem Grundgesetz sind demokratische Rechte verankert, die in der Verfassung von Weimar noch ganz neu waren: gleiches und geheimes Wahlrecht für alle, unabhängig vom Geschlecht sowie die Möglichkeit, Entscheidungen auf der Grundlage von Volksentscheiden basisdemokratisch herbeizuführen. Diese Errungenschaften sollten nach wie vor nicht als selbstverständlich „missachtet“ werden, da sie ein Garant unserer pluralen und rechtsstaatlichen Gesellschaftsordnung sind.

Das Konzept der wehrhaften Demokratie verzögerte letztendlich die Abkehr der Bürger von „ihrer“ Republik nur, konnte aber nicht verhindern, dass dem demokratischen Verfassungsstaat „Weimar“ zunehmend die demokratische Legitimation verloren ging. Gegen Ende der Weimarer Republik wurde die SPD von der KPD überflügelt, die Wähler wandten sich zunehmend den extremistischen Parteien zu. Der „Grabenkampf“ zwischen diesen beiden Parteien trug zur Schwächung des politischen Systems und auch zu dessen Scheitern bei.

6. Quellen- und Literaturverzeichnis

6.1. Literatur

Herbert Berner: Demonstrationen und Landfriedensbruch: Der Fall Major Scherer 1922, in: Singener Stadtgeschichte, hrsg. von Herbert Berner, Bd. 3 - Singen, die junge Stadt, S. 66 ff.

Peter Brandt / Reinhard Rürup (Hrsg.); Volksbewegung und demokratische Neuordnung in Baden 1918/19: zur Vorgeschichte und Geschichte der Revolution, Sigmaringen 1991

Alfred G. Frei (Hrsg.): Habermus und Suppenwürze. Singens Weg vom Bauerndorf zur Industriestadt, Konstanz 1987, S. 42 ff.

Wolfgang Glaeser: „Vorwärts, mit der Roten Fahne!“ Bilder aus der Geschichte der Singener Sozialdemokratie, Singen 1994

Wolfgang Hug: Die Geschichte Badens, 2. Auflage Darmstadt 2016

Eberhard Kolb, Dirk Schuhmann: Die Weimarer Republik, Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 16, München 2013

Wolfgang Pyta: Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989

Jutta Stehling: Weimarer Koalition und SPD in Baden, Frankfurt 1976

Michael Stürmer: Das Jahrhundert der Deutschen, München 1999

Gert Zang: Arbeiterleben in einer Randregion, Konstanz 1987

<https://www.leo-bw.de/themenmodul/von-der-monarchie-zur-republik/baden> (abgerufen am 27.02.2018)

<http://www.landeskunde-baden-wuerttemberg.de/lqweimarerrepublik.html> (abgerufen am 27.02.2018)

6.2. Quellen

Stadtarchiv Singen, 10 Gemeindefacharchiv Singen, IV 3/416 Errichtung einer Reichsbanknebenstelle in Singen (1935-1948)

Stadtarchiv Singen, 10 Gemeindefacharchiv Singen, IX 31 Gründung und Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates in Singen (1918-1919)

Stadtarchiv Singen, 10 Gemeindefacharchiv Singen, XI 2/20 Verbotene Kundgebungen und Verbreitung unwahrer Nachrichten, Demonstrationsumzüge (1917-1931)

Stadtarchiv Singen, 10 Gemeindefacharchiv Singen, XI 2/21 Bekämpfung politischer Ausschreitung, Uniformverbote, Wahlschutz, Republikschutzgesetz (1917-1933)

Stadtarchiv Singen, 10 Gemeindearchiv Singen, XX/88 Einrichtung und Betrieb der städtischen Volksküche (1916-1928)

Stadtarchiv Singen, 10 Gemeindearchiv Singen, XI 2/9 Überwachung politischer Versammlungen, Plakate (1906-1931)

Stadtarchiv Singen, 10 Gemeindearchiv Singen, XX 71 Erwerbslosenfürsorge (1918-1927)

Stadtarchiv Singen, 10 Gemeindearchiv Singen, XX 70 Unterstützung von Arbeitslosen (1914-1919)

Stadtarchiv Singen, 10 Gemeindearchiv Singen, XI 3/2 Arbeiterfeiertag, Maifeier in Singen (1904-1924)

Stadtarchiv Singen, 10 Gemeindearchiv Singen, XI 3/10 Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel (1912-1930)

Stadtarchiv Singen, 10 Gemeindearchiv Singen, XIII 6/34 Geld- und Goldsammlungen während des Krieges (1913-1936)

Stadtarchiv Singen, 10 Gemeindearchiv Singen, XIII 6/36 Ausgabe von städtischem Notgeld (1922-1924)

Stadtarchiv Singen, Zwischenarchiv AZ 362.315 Interview Herbert Berner mit Hans-Constantin Paulssen

Stadtarchiv Singen, Zwischenarchiv AZ 362.315 Interview Herbert Berner mit Richard Jäckle

Georg Kaiser / Rolf Nestlen: Chronik der Herz-Jesu-Kirche Singen, Druckschriftensammlung des Stadtarchivs Singen, Signatur: 23/8

https://www.leo-bw.de/web/guest/detail/-/Detail/details/DOKUMENT/labw_findmittel/labw-5-72466/Heinrich+Pfund+Fabrikarbeiter+Baldingen+etal+zehn+weitere+Angeklagte+wegen+Landfriedensbruch+Unruhen+in+Singen+im+Anschl